

STIMMUNGSBILD UND ANALYSE

Jugend

jüdisch-deutsche Perspektiven

WerteInitiative.
 jüdisch-deutsche Positionen



Inhalt

Grußwort	6		
Vorwort des Vorstandes der WerteInitiative	8		
Vorwort des Vorstandes der Jüdischen Studierendenunion Deutschland	9		
Einleitung	12		
Überblick über die Themen der Broschüre	12		
Design und Durchführung der Erhebung	13		
Fragenkatalog	15		
Idee und Durchführung der Gruppendiskussion	18		
Jung und jüdisch in Deutschland: Perspektiven und Selbstwahrnehmung	20		
take aways	21		
Jung und jüdisch in Deutschland: Perspektiven und Selbstwahrnehmung	22		
Jugend.Politik: Wie funktioniert politische Mitgestaltung für junge Jüdinnen und Juden	28		
take aways	29		
Jugend.Politik: wie funktioniert politische Mitgestaltung für junge Jüdinnen und Juden?	30		
Darf's noch etwas mehr sein? Diskriminierung und Trauma junger Jüdinnen:Juden	34		
take aways	35		
Darf's noch etwas mehr sein? Diskriminierung und Trauma junger Jüdinnen:Juden	36		
		Not your token Jews: Instrumentalisierung und Vereinnahmung junger jüdischer Menschen	42
		take aways	43
		Not your token Jews: Instrumentalisierung und Vereinnahmung junger jüdischer Menschen	44
		Alles safe? Sicherheit für junges jüdisches Leben in Deutschland	48
		take aways	49
		Alles safe? Sicherheit für junges jüdisches Leben in Deutschland	50
		Diskriminierung durch den Staat: Universitäre Staatsexamina an jüdischen Feiertagen	54
		take aways	55
		Diskriminierung durch den Staat: Universitäre Staatsexamina an jüdischen Feiertagen	56
		Junge Jüdinnen:Juden und die EU: Institutionen, Werte, Wahrnehmung und Möglichkeiten	60
		take aways	61
		Junge Jüdinnen:Juden und die EU: Institutionen, Werte, Wahrnehmung und Möglichkeiten	62
		Zusammenfassung der Findings und Forderungen	70
		Impressum	74

Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Es wird oft gesagt, die Jugend sei „die Zukunft“. Ich meine: junge Menschen sind die Gegenwart! Sie sind im öffentlichen Diskurs präsenter denn je. Sie bringen sich europaweit in Entscheidungsprozesse ein, was wir von Seite der EU-Kommission begrüßen und fördern.

Kaum war die Corona-Pandemie abgeflaut, die gerade jungen Menschen immense Anpassungen abverlangte und für viele physisch und psychisch eine Herausforderung war, haben wir mit dem Europäischen Jahr der Jugend 2022 junge Menschen in all ihrer Vielfalt in den Mittelpunkt der Europäischen Union zu stellen. Ob Klimawandel, Flüchtlingshilfe oder der Kampf für Gleichstellung und gegen Diskriminierung, junge Menschen gehen voran und ziehen die gesamte Gesellschaft mit.

Als mich die EU-Kommission 2015 zur ersten EU Beauftragten zur Bekämpfung von Antisemitismus und der Förderung jüdischen Lebens ernannte, war mir die Einbindung junger jüdischer Stimmen von Anfang an wichtig. Und der Austausch mit jungen Jüdinnen und Juden gehört bis heute zu den Höhepunkten meiner Arbeit, ob bei der SummerU der Europäischen Union jüdischer Studierender oder dem jährlichen EU Activism Seminar.

Kurz: auf EU-Ebene findet keine Diskussion statt, ohne Vertreterinnen und Vertreter junger jüdischer Menschen miteinzubeziehen. Ihre Perspektiven und Ideen sind Ansporn und Inspiration im Policy making - nicht nur zu Antisemitismus oder „jüdischen“ Themen, sondern in allen gesellschaftlichen Debatten.

Teilhabe heißt Mitbestimmung. Unsere Maßnahmen können nur zum Erfolg führen, wenn wir alle Altersgruppen berücksichtigen. Deshalb hat die EU-Kommission 2019 eine dezidierte Studie zu den Auswirkungen von Antisemitismus auf junge jüdische Menschen in Europa vorgelegt. Die Ergebnisse flossen zwei Jahre später in die erste EU Strategie zum Kampf gegen Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens ein.



Katharina von Schnurbein, EU Beauftragte für die Bekämpfung von Antisemitismus und die Förderung jüdischen Lebens

Als Teil dieser Strategie wollen wir das Engagement junger jüdischer Menschen fördern, und zwar sowohl finanziell als auch durch Vernetzung. Zum Beispiel indem wir jüdische Studierende europaweit dabei unterstützen, jüdisches Leben und Kultur an den Unis sichtbar zu machen und Antisemitismus zurückzudrängen.

Mit diesem Ziel haben wir 2022 die Europäische Union jüdischer Studierender zu einem EU-Rahmenpartner gemacht und es freut mich, dass so jetzt auch die wichtige Arbeit der Jüdischen Studierendenunion Deutschland gefördert wird.

Junge europäische Jüdinnen und Juden waren auch dabei, als wir im November letzten Jahres zum ersten Europäischen zivilgesellschaftlichen Forum gegen Antisemitismus nach Brüssel einluden.

Ich hoffe, dass die vorliegende Publikation dazu beiträgt, die Stimmen junger jüdischer Menschen zu stärken, sodass Politik europaweit nicht nur für sie, sondern mit ihnen gestaltet wird.

Mein Dank und Glückwunsch gilt der WerteInitiative für die wichtigen Einblicke und für den Anstoß dieser Debatte in Deutschland.

Katharina von Schnurbein

EU Beauftragte für die Bekämpfung von Antisemitismus und die Förderung jüdischen Lebens

Vorwort des Vorstandes der WerteInitiative

Jede junge Generation gilt als Hoffnungsträger für die Stärkung von Freiheit und Demokratie in Deutschland. Zurecht – denn es sind gerade die Wünsche und Perspektiven der Jugend, die für die Gestaltung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens wichtige Impulse liefern können.

Nach unserem 2022 erschienen Reader zu jüdisch-deutschen Perspektiven auf die Außenpolitik und anlässlich des Europäischen Jahres der Jugend setzen wir als Verein unsere Reihe zivilgesellschaftlicher Stimmungsbilder fort, indem wir junge Jüdinnen und Juden in Deutschland zu Wort kommen lassen.

Sich aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen aus einer jüdischen Perspektive zu nähern, bedeutet in erster Linie, die Vielfältigkeit an Zugängen und Selbstbildern – ob religiös oder säkular – anzuerkennen. Auch die Jugend verfügt dabei über einen besonderen Blickwinkel und eigene politische Anliegen: sei es zur Wahrnehmung der eigenen jüdischen Identität, zu Fragen der öffentlichen Sicherheit oder der politischen Mitgestaltung.

Gleichzeitig verweisen unsere jüdischen Positionen immer auch auf die Allgemeinheit. Demokratie lebt von der aktiven Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger. Alles, was sie erschwert und verunmöglicht, ist also nicht nur für uns unmittelbar Betroffene ein Problem, sondern für unsere Demokratie insgesamt.



Der Vorstand der WerteInitiative – jüdisch-deutsche Positionen:
Daniel Kohn, Lydia Bergida, Elio Adler

Wir bedanken uns bei allen jungen Menschen, die an unserer Erhebung und unserer Gruppendiskussion teilgenommen haben, und uns damit Einblicke in ihre persönlichen Erfahrungen gewährt haben. Sie haben es ermöglicht, einem breiten Spektrum an Stimmen Sichtbarkeit zu verleihen.

Diese Erhebung richtet sich an Interessierte, politische Entscheidungstragende und Medienvertreter, um ein besseres Verständnis für die Interessen und Lebensrealitäten unserer Jugend aus einer jüdisch-deutschen Perspektive zu erhalten.

Vorwort des Vorstandes der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD)

Jüdisches Leben bedeutet mehr als Synagoge, Klezmer und Israel. Seit ihrer Gründung 2016 vertritt die Jüdische Studierendenunion als politische Interessenvertretung junge Jüdinnen und Juden im Alter zwischen 18 und 35 Jahren. Eines ihrer Hauptanliegen ist es, die Vielfalt der heute in Deutschland ansässigen jüdischen Gemeinschaft sichtbar zu machen.

Die Gründung der JSUD erfolgte im Jahr 2016 zu einem vielsagend späten Zeitpunkt: aus den Kindern, die aus der ehemaligen Sowjetunion zugewandert waren, war eine jüdische Jugend geworden, die Deutschland als neue Heimat anzusehen wagte. Die gepackten Koffer, die bei vielen – metaphorisch oder tatsächlich – immer zur möglicherweise notwendigen Flucht bereit-



Der Vorstand der Jüdischen Studierendenunion Deutschlands:
Lars Umanski, Anna Staroselski, Lena Prytula, Hanna Veiler, Julia Kildeeva

standen, wurden geöffnet. Etwa 90 Prozent der heute in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden haben einen postsowjetischen Migrationshintergrund und stammen zu einem großen Teil aus säkularen Familien. Dank der Immigration dieser sogenannten jüdischen Kontingentflüchtlinge in den 1990er- und frühen 2000er Jahren erlebte die bis dahin allmählich schwindende jüdische Gemeinde hierzulande eine wahrhaftige Renaissance und ist heute von einer Diversität und Einzigartigkeit geprägt, die in anderen Ländern Europas wohl nur schwer zu finden sein wird. Dies betrifft neben den verschiedensten ethnischen Hintergründen auch die religiöse Ausrichtung – die heutigen deutschen Jüdinnen und Juden sind alles andere als homogen, die unterschiedlichen jüdischen Glaubensströmungen sind in Deutschland mittlerweile vertreten.

In der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft kommt hiervon allerdings wenig an: Die langjährige Verweigerung der Shoah-Aufarbeitung, die mangelnde Sichtbarkeit der jüdischen Gemeinschaft sowie die Besetzung von Diskursräumen über das Judentum mit hauptsächlich nicht-jüdischen Akteurinnen und Akteuren führten zu einer verzerrten Außenwahrnehmung des Judentums in Deutschland. Ein Blick in die Schulbücher und große Medienanstalten genügt: Das Bild vom Kippa-tragenden orthodoxen Juden, dessen einzigen Sorgen die Shoah, der zunehmende Antisemitismus und der israelisch-palästinensisi-

sche Konflikt seien, hat sich in den Köpfen der deutschen Mehrheit festgebrannt und zu einer Exotisierung jüdischer Mitmenschen geführt. Dieses Narrativ schadet an erster Stelle Jüdinnen und Juden selbst. Denn neben dem zunehmenden Antisemitismus drängt auch die Einordnung in dieses vorurteilsbehaftete Bild gerade junge jüdische Menschen vor die Frage, ob sie sich als solche erkennen lassen und im Zweifel auf das vermeintliche Jüdischsein reduziert werden wollen. Dabei ist umso wichtiger, zu verstehen, dass junge Jüdinnen und Juden sich als vollwertiger Teil dieser deutschen und europäischen Gesellschaft verstehen und – wie für ihre Generation üblich – sich deshalb auch mit gesellschaftspolitischen sowie berufs- und studiumsbezogenen Fragen beschäftigen. Anders als noch viele ihrer Eltern und Großeltern haben sie in Deutschland eine neue Heimat gefunden und möchten sich am gesellschaftspolitischen und demokratischen Prozess aktiv beteiligen. Die JSUD sieht es deshalb auch als ihre Pflicht an, den politischen Teilhabeprozess junger Jüdinnen und Juden zu fördern und zu stärken.

Das Aufbrechen der verzerrten Außenwahrnehmung jüdischen Lebens ist deshalb unabdingbar und nur möglich, wenn jüdische Stimmen selbst zu Wort kommen. Dieser Reader bildet zahlreiche Perspektiven junger Jüdinnen und Juden ab und bietet ihnen die wertvolle Möglichkeit, sich sowohl zu Themen, die die eigene jüdische Identität betreffen, als auch zu allgemeinbezogenen Fragestellungen zu äußern. Denn eines steht fest: Junge Jüdinnen und Juden verstehen sich als vollwertiger Teil dieser Gesellschaft. Betroffene zu Wort kommen zu lassen, statt über sie zu reden, ihnen zuzuhören und ihre Belange ernst zu nehmen ist der einzige Weg, eine Normalität jüdischen Lebens in Deutschland zu erreichen. Dazu soll dieser Reader beitragen.

Einleitung

Überblick über die Themen der Broschüre

Die vorliegende Broschüre vereint die Ergebnisse unserer Umfrage und einer Gruppendiskussion mit einer Hintergrundanalyse zu den Umfragethemen. Dabei war es unser Ziel, die Aussagen der Teilnehmenden in einen Kontext zu setzen, der sie begründet und illustriert. Es handelt sich dabei in manchen Fällen um relativ spezifische Beiträge, da es uns sinnvoll erschien, konkrete Anliegen – wie eine Änderung von Prüfungsordnungen – zu benennen und dafür von allgemeinen Abhandlungen – beispielsweise über die Religionsfreiheit per se – abzusehen. Dies geschieht im Verständnis dieser Publikation als möglichst praktische Handreichung für Politik und Öffentlichkeit, die Impulse aus junger jüdischer Perspektive vermitteln möchte.

Der Frage, was eben diese Perspektive ausmacht, widmet sich das Kapitel **Jung und jüdisch in Deutschland: Perspektiven und Selbstwahrnehmung**, und findet eine bunte Palette an Antworten – ebenso wie einen sehr zentralen Grundsatz. Die Vielfalt – und eben auch die Widersprüche – die im Jüdischsein der Befragten stecken, bilden den roten Faden in dieser Broschüre.

Für unseren Kooperationspartner JSUD schreibt Präsidentin Anna Staroselski ab Seite 28 unter dem Titel **Jugend.Politik: wie funktioniert politische Mitgestaltung für junge Jüdinnen und Juden?** über die Herausforderungen, denen junge Jüdinnen und Juden begegnen, wenn sie sich politisch engagieren möchten – und über vielfältige und lebendige Strukturen und Organisationen, die es ermöglichen, trotz allem mitzubestimmen.

Den vielschichtigen Diskriminierungs- und Bedrohungslagen, denen sich junge Jüdinnen:Juden in Deutschland ausgesetzt sehen, widmet sich das dritte Kapitel unter der Frage **Darf's noch etwas mehr sein? Diskriminierung und Trauma junger Jüdinnen:Juden** ab Seite 34. Auseinandersetzungen mit Antisemitismus, aber eben auch mit weiteren Diskriminierungsformen wie Sexismus oder antislawischem Rassismus, gehören zur Situation multipler Diskriminierung, in der die Betroffenen häufig auch mit intergenerationellen Traumata umgehen müssen.

Ab Seite 42 widmet sich JSUD-Vizepräsidentin Hanna Veiler der Frage, welche Zuschreibungen und Anforderungen jungen Jüdinnen:Juden begegnen, die sich politisch und gesellschaftlich engagieren. Unter dem Titel **Not your token Jews: Instrumentalisierung und Vereinnahmung junger jüdischer Menschen** beschreibt sie, wie Tokenisierung funktioniert und was Betroffene von der deutschen Mehrheitsgesellschaft erwarten.

Zur jungen jüdischen Perspektive auf Sicherheitsbehörden und Justiz gehören leider große Unsicherheiten und Ängste. Ab Seite 48 versuchen wir, unter dem Titel **Alles safe? Sicher-**

heit für junges jüdisches Leben in Deutschland Mängel und Probleme zu benennen und einen Einblick in die Situation jüdischer junger Menschen zu geben, die in Deutschland nach wie vor – nur aufgrund ihrer jüdischen Identität – des besonderen Schutzes bedürfen.

Um Schutz geht es auch in Lars Umanskis (JSUD-Vorstandsmitglied) Text **Diskriminierung durch den Staat: Universitäre Staatsexamina an jüdischen Feiertagen** ab Seite 54, und zwar um den Schutz des Grundrechtes auf Religionsfreiheit. Dieses hohe Rechtsgut wird nämlich nicht selten in ganz alltäglichen Angelegenheiten verletzt. Junge Menschen betreffen Prüfungsordnungen und Klausurtermine hier besonders.

Nicht nur wegen des zurückliegenden Europäischen Jahres der Jugend widmet sich das Kapitel **Junge Jüdinnen:Juden und die EU** ab Seite 60 den Institutionen, die auf europäischer Ebene junges jüdisches Leben fördern und sichern können. Die Teilnehmenden schätzen die Rolle der EU bei dieser Aufgabe sehr groß ein – allerdings bedarf es verbesserter Vermittlung und Kommunikation über die zahlreichen Akteure und Initiativen – auch im Sinne einer informierten jungen Generation von demokratischen (jüdischen) Europäer:innen.

Ausgewählte Zitate der Teilnehmenden unserer Umfrage und der Gruppendiskussion sind den Texten beige gestellt, um einen ungefilterten Eindruck der jungen jüdischen Perspektive zu vermitteln. Zu Beginn eines jeden Kapitels finden sich als take aways formulierte zentrale Punkte, die sich aus Analysetexten und Umfrage ergeben haben. **Die take aways finden sich noch einmal gesammelt ab Seite 70 am Ende der Broschüre.** Wir verstehen sie als Anregungen und Hinweise für interessierte Leser:innen und nutzen sie als Basis für Gespräche mit politischen Entscheidungsträger:innen.

Design und Durchführung der Erhebung

Die Umfrage wurde von 7. Oktober bis 1. Dezember 2022 als Onlinesurvey durchgeführt und mit der Onlinesoftware LamaPoll umgesetzt. Der Zugang zur Umfrage wurde in Sozialen Medien und via E-Mail-Verteiler mit der Bitte um Weiterleitung distribuiert. Zudem wurden gezielt jüdische (Jugend-)Organisationen, Gemeinden und Landesverbände kontaktiert, um die Umfrage bekannt zu machen.

Trotz des mit einer breiten öffentlichen Bewerbung verbundenen Risikos missbräuchlicher Nutzung bzw. Beeinflussung erschien eine solche sinnvoll, um eine möglichst große und diverse Gruppe an Teilnehmenden zu erreichen. Die Wahl fiel auf einen offenen Onlinesurvey, um die Beteiligungshürde so niedrig wie möglich zu halten. Der Trade-off einer nicht klar zu beziffernden Grundpopulation und der nicht gewährleisteten Repräsentativität wurde zugunsten einer niedrigschwelligen Verteilung unter deutschen Jüdinnen und Juden zwischen 15 und 35 Jahren eingegangen. Die vorliegende Untersuchung erhebt daher keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität, sondern versteht sich als kleines Stimmungsbild, das die Grundlage für eine weitere Beschäftigung mit jungen jüdischen Perspektiven liefern soll.

Die Umfrage bestand aus insgesamt 43 Fragen zu aktuellen Themen jugendlicher Lebensrealitäten. In die Erstellung des Fragebogens wurden sowohl die Themen des European Parliament Youth Survey 2021¹, welches sich vor allem Gründen und Hindernissen für politisches Engagement bei jungen Menschen widmet, als auch Themen des European Year of Youth 2022² einbezogen. Alleinstellungsmerkmal und zentrales Erkenntnisinteresse der Erhebung war die Frage nach der Perspektive der Teilnehmenden als junge Juden und Jüdinnen. An alle inhaltlichen Items schloss sich also eine Frage danach an, ob es nach Einschätzung der Teilnehmenden eine spezielle jüdische Perspektive auf das jeweilige Thema gibt, sowie zwei Unterfragen, in denen eine positive oder negative vorangegangene Antwort ausgeführt und begründet werden konnte.

So wurden die Teilnehmenden – in insgesamt acht Überthemen aufgeteilt – zu **Umwelt- und Klimaschutz, intergenerationellem Austausch**, dem **Covid19**-Pandemiemanagement, zu **Inklusion und Diskriminierung**, eigener Betroffenheit von **gesellschaftlichen Ausschlüssen**, Möglichkeiten **politischer Teilhabe, Zuwanderung und Integration**, der Rolle der **EU**, sowie zu **Religionsfreiheit** und zum Schutz durch **Sicherheitsbehörden und Justiz** befragt.

Die Erhebung begann mit der Bitte um Selbstzuordnung zu einer Strömung bzw. Ausrichtung des Judentums und einer offenen Frage nach der je individuellen Bedeutung des eigenen Jüdischseins und schloss mit der Abfrage sozio-demografischer Daten der Teilnehmenden.

Insgesamt haben 312 Personen an der Umfrage teilgenommen, von denen 159 den Fragebogen vollständig ausgefüllt haben. Die meisten Teilnehmenden, die die Befragung nicht beendeten, schieden nach den ersten beiden (verpflichtend zu beantwortenden) Fragen aus. Hier wurde abgefragt, ob die Teilnehmenden jüdisch sind und ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, da dies die explizite Zielgruppe für diese Erhebung war. Die Altersverteilung der drei Gruppen von 20-24 Jahre (34%), von 25-29 Jahre (27%) und von 30-35 Jahre (30%) war in etwa gleichmäßig, Teilnehmende zwischen 15 und 19 Jahren waren mit 10% deutlich weniger vertreten. Weibliche Teilnehmende stellen mit 57% den größten Anteil vor 35% männlichen; 4% der Teilnehmenden bezeichnen ihr Geschlecht als divers und 4% machten keine Angabe. Die meisten Befragten leben in großen Städten mit über 100.000 Einwohner:innen (89 %), vornehmlich in Berlin (28 %) oder Städten in Nordrhein-Westfalen (20 %), Bayern (14 %) oder Hessen (12%). Es gab Teilnahmen aus allen Bundesländern außer aus Mecklenburg-Vorpommern. Nur 1% der Teilnehmenden lebt in einer Kleinstadt oder Landgemeinde mit unter 20.000 Einwohner:innen.

Hier lässt sich ein Bias erkennen, der mutmaßlich auf die Struktur jüdischer Gemeinden in der Bundesrepublik zurückzuführen ist: mit jenen in den Großstädten Berlin, München, Düsseldorf und Köln sowie Frankfurt gibt es in den stark vertretenen Bundesländern auch große jüdische Gemeinden.

Fragenkatalog

Teilnahmevoraussetzungen und Selbsteinschätzung

1. Bist du Jude:Jüdin oder hast/hattest du einen jüdischen Elternteil oder hast du eine:n jüdische:n Lebenspartner:in? ja – nein
2. Hast du deinen Lebensmittelpunkt in Deutschland? ja – nein
3. Mit welcher der folgenden Ausrichtungen bzw. Verständnisse würdest du dich am ehesten identifizieren?
säkular – kulturell-jüdisch – liberal – reformistisch – konservativ – modern-orthodox – orthodox – ich möchte mich nicht zuordnen – andere: Freifeld (FF)
4. Was bedeutet Jüdischsein für dich? FF

Klima und Umwelt

5. Wie wichtig sind dir die Themen Umwelt- und Klimaschutz?
sehr wichtig – eher wichtig – eher unwichtig – unwichtig
6. Denkst du, dass es eine spezifisch jüdische Perspektive auf das Thema gibt? ja – nein
(Die „jüdische Perspektive“ kann sowohl deine individuelle Sichtweise als auch eine kollektive sein.)
7. Was macht diese spezifisch jüdische Perspektive aus? FF
8. Warum gibt es deiner Meinung nach keine spezifisch jüdische Perspektive auf diese Themen? FF

Intergenerationeller Austausch

Der Austausch zwischen den Generationen nimmt oft einen großen Stellenwert in (jüdischen) Familien ein. Dabei werden nicht nur Bräuche und Traditionen weitergegeben, sondern oft auch (unbewusste) Traumata, die auf den Leidenserfahrungen vorheriger Generationen fußen.

9. Welche Bedeutung hat der intergenerationelle Austausch für dich? 1=keine Bedeutung bis 5=sehr große Bedeutung; für a) Elterngeneration, b) Großelterngeneration
10. Denkst du, dass es eine spezifisch jüdische Perspektive auf das Thema gibt? ja – nein

11. Was macht diese spezifisch jüdische Perspektive deiner Meinung nach aus? FF
12. Warum gibt es deiner Meinung nach keine spezifisch jüdische Perspektive auf diese Themen? FF

Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie beschäftigt Gesellschaften weltweit nun seit mehr als zwei Jahren. Beschlossene wie ausgebliebene Maßnahmen der Bundesregierung waren auch jenseits von gefährlichen Coronaleugner-Protesten Gegenstand von Unmut und Kritik.

13. Wie zufrieden bist du mit dem Stellenwert, den die Belange von Jugendlichen im Pandemiemanagement haben? sehr zufrieden — zufrieden — unzufrieden — sehr unzufrieden
14. Denkst du, dass es eine spezifisch jüdische Perspektive auf das Thema gibt? ja — nein
15. Was macht diese spezifisch jüdische Perspektive deiner Meinung nach aus? FF
16. Warum gibt es deiner Meinung nach keine spezifisch jüdische Perspektive auf dieses Thema? FF

Gesellschaftliche Ausschlüsse

17. Die „inklusive Gesellschaft“ gilt als ein Gegenmodell zu Ausschluss und Diskriminierung. Welche Rolle spielt die Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Inklusion für dich? spielt keine Rolle — spielt eher keine Rolle — spielt eine eher große Rolle — spielt eine große Rolle
18. Denkst du, dass es eine spezifisch jüdische Perspektive auf das Thema gibt? ja — nein
19. Was macht diese spezifisch jüdische Perspektive deiner Meinung nach aus? FF
20. Warum gibt es deiner Meinung nach keine spezifisch jüdische Perspektive auf dieses Thema? FF
21. Von welchen Ausschlussmechanismen fühlst du dich besonders betroffen?
Geschlechterdiskriminierung — Rassismus — Antislawismus — Antisemitismus — Diskriminierung aufgrund von Behinderung und/oder Krankheit — Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung — finanzielle oder ökonomische Ausschlüsse — sonstige (FF) — keine

22. Ist die gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf unterschiedliche Ausschluss- und Diskriminierungsmuster deiner Meinung nach sinnvoll verteilt? ja — nein
23. Wo siehst du blinde Flecken oder falsche Gewichtungen? FF

Gesellschaftliche Teilhabe

24. Entsprechen deine Möglichkeiten zu politischer Teilhabe deinen Bedürfnissen? Politische Teilhabe umfasst alle Rechte und Freiheiten, an den Prozessen der demokratischen Gesellschaft und Willensbildung teilzuhaben. Das kann zum Beispiel Demonstrationen oder Wahlen bedeuten, die Möglichkeit in Ämter gewählt zu werden, Vereinen oder Organisationen anzugehören oder sie zu gründen und vieles mehr. ja — eher ja — eher nein — nein
25. Spielt dein Jüdischsein deiner Einschätzung nach hierbei eine besondere Rolle? ja — nein
26. Bitte führe aus, warum du denkst, dass dein Jüdischsein dabei eine Rolle spielt. FF
27. Welche Relevanz haben die Themen Zuwanderung und Integration für dich?
1=nicht relevant bis 5=sehr relevant, je auf „Zuwanderung“ und „Integration“
28. Denkst du, dass es eine spezifisch jüdische Perspektive auf das Thema gibt? ja — nein
29. Was macht diese spezifisch jüdische Perspektive deiner Meinung nach aus? FF
30. Warum gibt es deiner Meinung nach keine spezifisch jüdische Perspektive auf dieses Thema? FF

Europa, Recht und Werte

Oft geht es in der öffentlichen Debatte zur EU um europäische Werte und den Zusammenhalt innerhalb der EU. Die Europäische Union führt die Würde des Menschen, Freiheit, Demokratie, Gleichstellung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte als ihre zentralen Werte auf.

31. Spielt die EU deiner Meinung nach eine relevante Rolle für die Gewährleistung und Stärkung einer jüdischen Zukunft in Deutschland? ja — nein
32. (N->)Welche Institutionen, Maßnahmen oder Werte sind hierbei deiner Meinung nach besonders relevant? FF

33. (J->)Wie könnte die EU ihre Rolle für eine jüdische Zukunft in Deutschland besser wahrnehmen? FF
34. Hältst du die Religionsfreiheit, im Sinne des Schutzes religiöser wie weltanschaulicher Überzeugungen und Lebensweisen, in Deutschland für ausreichend umgesetzt? ja — nein
35. Denkst du, dass es eine spezifisch jüdische Perspektive auf das Thema Religionsfreiheit gibt? ja — nein
36. Was macht diese spezifisch jüdische Perspektive deiner Meinung nach aus? FF
37. Warum gibt es deiner Meinung nach keine spezifisch jüdische Perspektive auf dieses Thema? FF
38. Fühlst du dich als Jude:Jüdin durch Sicherheitsbehörden und Justiz ausreichend geschützt? ja — nein
39. Wo siehst du Mängel oder Nachholbedarf? FF

Einige Fragen zu deiner Person

40. Dein Geschlecht Mann — Frau — divers — keine Angabe
41. Wie alt bist du? 15-19 — 20-24 — 25-29 — 30-35
42. In welchem Bundesland wohnst du? BL-Auswahl
43. Wie groß ist dein Wohnort? Auswahl Großstadt — Mittelstadt — Kleinstadt/Landgemeinde

Idee und Durchführung der Gruppendiskussion

Die Frage nach politischen Interessen und Teilhabemöglichkeiten vor dem Hintergrund der eigenen jüdischen Identität stand im Fokus der Erhebung. Zur Beantwortung schien es sinnvoll, zusätzlich zur Umfrage explizit solche jungen jüdischen Stimmen ausführlicher zu Wort kommen zu lassen, die sich gesellschaftlich und politisch engagieren und durch ihren Aktivismus besondere Einblicke in ihre Erfahrungen geben können.

Um ein möglichst breites Spektrum dieser Erfahrungen abzubilden, wurde eine Gesprächsgruppe aus sechs Personen zusammengestellt, die in teilweise sehr unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Feldern aktiv sind. Aktueller Lebensmittelpunkt der meisten Teilnehmenden ist Berlin, was den organisatorischen Möglichkeiten geschuldet war. Durch

ihre individuellen Biografien und Herkunftsgeschichten sowie unterschiedliche Interessenschwerpunkte und die Entscheidung für das je eigene Feld gesellschaftspolitischen Engagements bildete sich hier dennoch eine diverse Szene jungen jüdischen Lebens ab.

Die Gruppendiskussion fand Ende 2022 statt, dauerte anderthalb Stunden und wurde durch einen Moderator und zwei beobachtende bzw. protokollierende Personen begleitet. Die Diskussion wurde von der Moderation durch drei an zentralen Themen der Umfrage orientierten Anregungsfragen geleitet, lief aber weitgehend frei.

Diskutiert wurden eigene Erfahrungen als politisch aktive Jüdinnen:Juden und damit verbundene Zuschreibungen und Hindernisse, aber auch aus dem eigenen Jüdischsein erwachsende empowernde Strukturen und Solidaritätserfahrungen. Über die Frage, was Jüdischsein bedeutet, welche Rolle Herkunft, Familie, Kultur, Religion und politische Organisation dabei spielen, entspann sich ein reger und teilweise kontroverser Austausch. Dass bestehende Programme und Strukturen innerhalb der jüdischen Community vielen jungen Jüdinnen:Juden eine positive und bestärkende Auseinandersetzung mit ihrer Identität ermöglichen und zahlreiche Möglichkeiten für Bildung, Austausch oder Karriere bieten, stand beispielsweise im Kontrast zur Erfahrung, dass der Zugang auch von individuellen sozialen und ökonomischen Verhältnissen oder beispielsweise dem Wohnort abhängig ist. Der Stellenwert von Religiosität wurde ebenso diskutiert wie jener des israelischen Staates als zugleich Sehnsuchts-, potenzieller Flucht- oder mit Heimatgefühl verbundener Urlaubsort. Wie in der Umfrage wurde auch in der Gruppendiskussion noch einmal deutlich, wie divers das junge jüdische Leben in Deutschland ist – wie sehr aber das eigene Jüdischsein auch für alle Teilnehmenden eine wichtige Größe im persönlichen wie politischen Leben darstellt.

Die Audioaufnahme der Gruppendiskussion wurde transkribiert und für die Darstellung wichtiger Ergebnisse in Form einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet.

¹ <https://european-youth-event.europarl.europa.eu/wp-content/uploads/2021/10/fl-youth-expert-insights.pdf>

² https://youth.europa.eu/year-of-youth_de

Perspektiven und Selbst- wahrnehmung

Takeaways

Die Teilnehmenden ordnen sich unterschiedlichen Strömungen des Judentums zu. Keinesfalls verstehen sich dabei alle als religiös. Um der Vielfalt an Eigenschaften, Interessen und Bedürfnissen junger jüdischer Menschen entsprechen zu können, ist diese Erkenntnis zentral: **Jüdischsein heißt viel mehr als die reine Zugehörigkeit zur jüdischen Religion.** Kultur, Geschichte, Familie sowie ein häufig beschriebenes Gefühl gemeinschaftlicher Verbundenheit – auch vor dem Hintergrund von Ausgrenzung und Trauma – spielt für die Selbstwahrnehmung junger Jüdinnen und Juden eine zentrale Rolle.

Jüdischsein ist für die Befragten sehr häufig eine Quelle für **Identifikation und Zugehörigkeit** – dies wird sowohl religiös als auch kulturell oder historisch-biografisch begründet.

Die Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Ausschlüssen, mit **Diskriminierung** und Antisemitismus kann als ein **Element der jüdischen Perspektive** bezeichnet werden.

Viele Befragte beschreiben ihr **Jüdischsein als Auftrag oder Verantwortung**, sich mit gesellschaftlichen und politischen Themen und Problemen auseinanderzusetzen. Hierbei spielen sowohl die jüdische Geschichte von Verfolgung und Vernichtung als auch eine auf jüdischen Werten aufbauende Selbst- und Weltsicht eine Rolle.

Bei fast allen Themenblöcken konstatiert die Mehrheit der Befragten **eine spezifisch jüdische Perspektive**. Wie diese definiert wird, variiert je nach individuellen Erfahrungen und Einstellungen, sie spielt aber für die Teilnehmenden mehrheitlich eine bedeutende Rolle.

Perspektiven und Selbstwahrnehmung

Was bedeutet Jüdischsein für dich? wollten wir von den Teilnehmenden wissen.

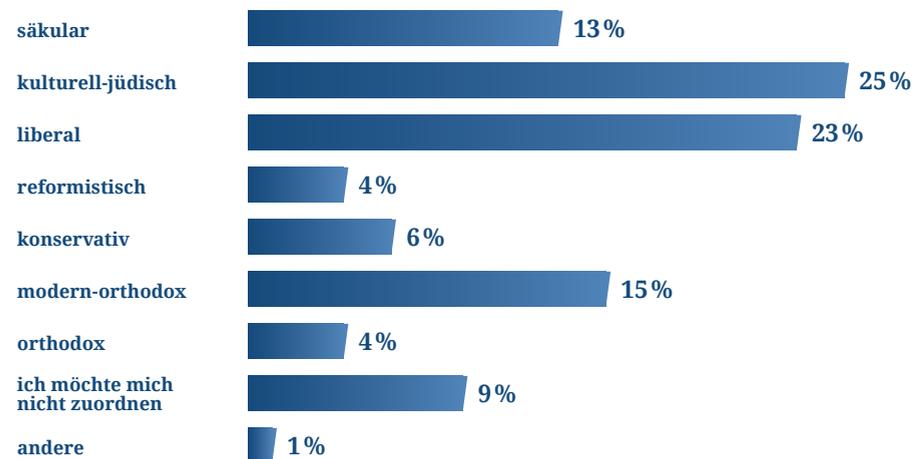
Oy vey schwere Frage. Kultur, Tradition, Feste, Anderssein, Antisemitismus, Community, oft nicht reinpassen, zu Hause, Essen, Familie, ...

Es handelte sich bewusst um eine offene Frage ohne weiteren Kontext, da wir möglichst originelle und spontane Antworten erhalten wollten. Entsprechend facettenreich sind die benannten Elemente jüdischer Identität. Dabei zeigt sich, dass das eigene Jüdischsein sowohl religiöse wie auch traditionsbezogene und kulturelle bis hin zu gesellschaftlich-politischen Komponenten haben kann. Für die meisten der Teilnehmenden gehören mehrere dieser Bestandteile zu ihrer jüdischen Identität.

Strömungen des Judentums

In den Antworten auf unsere Frage, was das je eigene Jüdischsein bedeutet, zeigt sich eine große Varianz bei der Einordnung der Religion: während sie bei den einen Teilnehmenden

Mit welcher der folgenden Ausrichtungen bzw. Verständnisse [des Judentums] würdest du dich am ehesten identifizieren?



keine Rolle für das Verständnis ihres Jüdischseins spielt, erwähnen andere die Religion als wichtigen Bestandteil davon, häufig in Kombination mit einer gefühlten Zugehörigkeit zur Gemeinschaft oder Kultur – ebenso wie als Orientierungshilfe und sinngebendes Regelwerk im Leben. Da die Strömungen und Ausprägungen des Judentums auch in Deutschland mannigfaltig sind, sollen im Folgenden die in der Umfrage genannten kurz dargestellt werden. Dabei ist klar, dass sich verschiedene Strömungen überschneiden und in vielen Fällen keine objektive Definition existiert – und aufgrund der Vielzahl von Beteiligten und individuellen Zugängen auch gar nicht existieren kann und sollte. Da es in der deutschen Mehrheitsgesellschaft nach wie vor viele Wissenslücken gibt, soll die kurze Darstellung auch dazu anregen, sich gegebenenfalls weiter mit dieser bunten religiösen bis areligiösen Vielfalt auseinanderzusetzen.

Mit 25% ordnen sich die meisten Teilnehmenden einem **kulturell-jüdischen** Verständnis des Judentums zu, also aufgrund sozial-kultureller Praxis und nicht oder nicht vornehmlich durch Religiosität.

Der **liberalen** Ausrichtung, in dem vor allem der ethische Aspekt religiöser Grundsätze eine Rolle spielt und das Verhältnis zu Tradition und Glaube immer ein reflexives ist, fühlen sich 20% der Teilnehmenden zugehörig. Mit Fragestellungen im Spannungsfeld zwischen religiöser Tradition und der modernen und profanen Welt setzen sich liberale Juden und Jüdinnen intensiv auseinander.

[Jüdischsein bedeutet für mich] Religion, Glaube, Tradition, Kashrut¹, Mitzwot², Lebenseinstellung, Regeln und dennoch Freiheit.

Die drittgrößte vertretene Strömung ist das **modern-orthodoxe** Judentum, dem sich 15% der Teilnehmenden zugehörig fühlen. Hier spielt die Befolgung der religiösen Gesetze eine große Rolle, ohne dass der Austausch mit der profanen und auch der nichtjüdischen Gesellschaft in den Hintergrund geriete.

Als **konservativ** bezeichnen sich sechs Prozent der Teilnehmenden und bewegen sich damit im Feld zwischen orthodoxem und liberalem Judentum.

Die **reformistische** Ausrichtung des Judentums betont die permanente Notwendigkeit, die religiöse Praxis und die weltlichen Umstände vereinbaren zu können – ohne dabei den Kern der wichtigsten Traditionen zu verlieren. Dieser Ausrichtung ordnen sich vier Prozent der Teilnehmenden zu.

Weitere vier Prozent der Teilnehmenden ordnen sich selbst dem **orthodoxen** Judentum zu, was eine kompromisslose bis strikte Einhaltung jüdischer Gesetze und eine Auffassung des gesamten Lebens als Dienst an G'tt bedeutet. Da die modern-orthodoxe Ausrichtung getrennt abgefragt wurde, gehören zu dieser Gruppe vermutlich vor allem streng orthodoxe bzw. charedische Juden und Jüdinnen.

 *Jüdischsein bedeutet für mich: „Nach den Werten und den Geboten der Thora zu leben.“*

Eine teilnehmende Person wählte die Zuordnung „andere“ und konkretisierte sie als „traditionell“. Diese Zuordnung kann sehr viele konkrete Lebensweisen einschließen, bewegt sich aber wohl immer im großen Bereich zwischen orthodoxem und säkularem Judentum. Welche Rolle die Religion für Alltag und Weltsicht spielt, ist eine Frage individuellen Zugangs.

 *Man kann, wenn man religiös ist, nicht am politischen Leben teilnehmen. Kashrut, Schabbat, Yichud³ etc.*

Neun Prozent der Teilnehmenden möchten sich keiner der Strömungen zuordnen.

Jüdischsein als Quelle für Identität und Zugehörigkeit

Neben Zugehörigkeiten, die anhand religiöser Einstellungen empfunden werden, sind für viele Befragte kulturelle und (familiär) tradierte von großer Bedeutung. Hierzu zählen insbesondere die Traditionen von Schabbat und Feiertagen, die (nicht unbedingt zuvorderst religiös begründete) Befolgung von Geboten oder Mitzwot, das aktive Leben und Vermitteln jüdischer Werte sowie ein wiederholt formuliertes Gefühl der Verbundenheit mit anderen Juden und Jüdinnen beziehungsweise der jüdischen Gemeinschaft.

 *Jüdischsein definiert einen signifikanten Anteil meiner Identität. Die Feiertage, die ich begehe, sind jüdisch. Die Geschichte, der ich mich angehörig fühle, ist jüdisch. Meine Arbeit ist jüdisch. Ein Teil der Sprache, die ich alltäglich nutze, ist jüdisch. Mein Verständnis der Welt ist jüdisch – zumindest meine Art von jüdisch.*

Für einige Teilnehmende stellen auch eigene Arbeit oder Engagement einen Teil dieser Identität dar, und zwar aus zweierlei Perspektive: einerseits als von den oben beschriebenen Gefühlen von Verortung und Zugehörigkeit geleitet, andererseits aber auch durch die Tatsache, dass nach Wahrnehmung einiger Befragter das (öffentliche) Engagement jüdischer Personen diese mitunter stark auf die Rolle als „jüdische Stimme“ beschränkt und festschreibt. Mit solchen Ambivalenzen in Bezug auf Selbstverständnis und Fremdzuschreibungen umzugehen, zieht sich als Herausforderung durch verschiedene Themen der Umfrage.

 *Eine kulturelle sowie religiöse Identität. Traditionen, Humor [...] und der Bezug zu anderen Jüdinnen*Juden spielen eine sehr große Rolle. Jüdischsein bedeutet für mich zudem, sich aktiv in die jüdische Gemeinschaft einzubringen und sich offen als jüdische Person identifizieren zu können.*

Jüdischsein als Auftrag und Herausforderung

Das oft beschriebene Gefühl von Zugehörigkeit und kultureller, religiöser oder traditioneller Verortung ist für viele Teilnehmende eine Basis für die Auseinandersetzung mit persönlichen, aber auch gesellschaftlichen Herausforderungen. Teilweise sind es religiöse Werte, deren Verwirklichung als Auftrag für das eigene Leben wahrgenommen wird; insgesamt herrscht ein großes Bewusstsein der eigenen Verantwortung für Welt und Gesellschaft. Häufig genannt wurde von den Teilnehmenden das Konzept des Tikkun Olam, also der „Reparatur der Welt“ oder der „Weltverbesserung“. Dieses ist vielen Teilnehmenden explizit in der Frage nach einer jüdischen Perspektive auf Klimaschutz und Umwelt eine Orientierungshilfe, wird aber auch weiter gefasst verstanden: als Verantwortung für die umgebende Welt und Gesellschaft insgesamt.

 *Seitdem ich denken kann und mehr Bezug zum Judentum bekommen habe, war Tikkun Olam immer ein großes Thema in meinem jüdischen Umfeld. Dazu gehört auch die Verantwortung für unsere Umwelt. Allerdings gehört für mich da nicht nur die ökologische, aber auch die soziale Komponente dazu.*

Auch wohlütiges Verhalten und das Vermeiden von Verschwendung werden von den Befragten wiederholt mit einem religiösen beziehungsweise einem religiös inspirierten oder spirituellen Bewusstsein begründet. „Erkenntnisschöpfung aus Thora, Talmud, Midrasch“ wurde als handlungsleitend angeführt, wobei Vernunft und die eigenständige Reflexion auf diese Quellen eine große Rolle spielen. Rationale und reflektierte Veränderungs- und Lösungsansätze haben einen hohen Stellenwert im häufig beschriebenen Selbstverständnis der Befragten als sowohl mit Herkunft und Vergangenheit Verbundene als auch für die Zukunft verantwortlich Handelnde.

 *Ein Jude definiert sich durch das Streben nach den Werten der Thora. Alle anderen Aspekte – z. B. kulturelle oder soziologische – lassen sich daraus ableiten. Als Jude habe ich die moralische Verantwortung für die Welt (und meinen Umkreis) und kann diese durch den Thora-Wertekompass richtig übernehmen.*

Neben religiösen Quellen spielt die Geschichte des jüdischen Volkes und die Tradierung gemeinschaftlicher jüdischer Werte eine große Rolle. Familiäre und freundschaftliche Beziehungen gehören hierzu genauso wie die Überzeugung, Konflikte vernunftgeleitet mit Diskussion und Debatte zu bearbeiten, da die Erhaltung eines gesellschaftlichen Zusammenhalts elementar ist. Dabei bezieht man sich selbstverständlich auch auf Erfahrungen von Ausschluss, Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung. Wiederholt wurde diese jüdische Erfahrung als Grund für den Einsatz gegen Ungerechtigkeiten und Diskriminierung sowie eine erhöhte Sensibilität für die Situation anderer Minderheiten angeführt.

Der Kampf gegen den Klimawandel lebt von der Übernahme von Verantwortung fürs Diesseits – etwas, dass die jüdische Perspektive von der christlichen unterscheidet.

Für all diese Bereiche kann die „Diesseitigkeit“ des jüdischen Glaubens und Denkens als charakteristisch bezeichnet werden. Während die Befragten unterschiedliche Arten von Religiosität leben und die Auseinandersetzung mit tradierten Lehren und Werten ganz verschiedene Formen annimmt, äußert bei fast allen Themen eine Mehrheit, dass das eigene Jüdischsein das politische und gesellschaftliche Denken und Handeln beeinflusst: der Fokus liegt auf positiver gesellschaftlicher Veränderung und in vielen Fällen auf dem aktiven sozialen oder politischen Engagement.

Immer wieder wird sehr klar, dass die stärkenden und positiven Aspekte des Jüdischseins einer Reihe von negativen Erfahrungen und Zuschreibungen gegenüberstehen.

Offen Jüdischsein in Deutschland – und in meinem Fall in Thüringen – bedeutet Widerstand gegen das christliche Post-NS-Deutschland. Und eine enge Verbindung zu Israel, wo ein Teil meiner Familie lebt. Außerdem verstehe ich Jüdischsein als eine Haltung, Verantwortung zu übernehmen und Judentum als die ständige Forderung, erwachsen zu werden.

Eine positive Veränderung der Gesellschaft bewirken zu wollen, kann also auch heißen, vorerst gegen gewaltige Missstände kämpfen zu müssen. In seinen verschiedenen Ausprägungen und Erscheinungsformen ist dies natürlich vor allem der Antisemitismus. Dieser spielt in den Antworten auf die Frage nach einer spezifisch jüdischen Perspektive auf die unterschiedlichen Themen häufig eine Rolle – wobei diese gar nicht immer genau beschrieben wird, sondern antisemitische Einstellungen und Klimata mitunter als selbstverständliche, allgegenwärtige Tatsachen angeführt werden.

[Mein Jüdischsein] hat für mich wenig bis gar keine Bedeutung, da nach der Auswanderung aus Russland (damals schon nicht mehr UdSSR) meine Eltern mich erst sehr spät bis gar nicht über diese Tatsache aufgeklärt haben, um mich womöglich vor antisemitischen Übergriffen zu schützen. War leider keine so gute Idee. Heute bedeutet es für mich in erster Linie, sich so viel wie möglich mit der Thematik des Antisemitismus auseinanderzusetzen und da Gegenrede zu halten, wo es anfällt.

Dieser Einfluss des gesellschaftlichen wie spezifischen Antisemitismus auf die „jüdische Perspektive“ der Befragten ist nicht überraschend, sollte aber nicht minder Anlass zu Erschrecken und entsprechendem Handeln geben.

Antisemitismus wird von Teilnehmenden auch explizit als Element des eigenen Jüdischseins genannt. Interessant ist hierbei die Feststellung einer teilnehmenden Person, dass die Auseinandersetzung mit der eigenen jüdischen Identität jener mit dem Antisemitismus bedurfte, um nicht erstere, sondern zweiten als Problem wahrzunehmen.

Ich hatte aufgrund von schlechten Erfahrungen in der Schule, die immer auch dann entstanden, als ich mich als jüdisch geoutet hatte, als Kind ein sehr schlechtes Verhältnis zu meinem Jüdischsein und wollte es am liebsten ablegen. Da wusste ich aber auch noch nicht, dass das alles Antisemitismus war. Heute bin ich damit im Reinen und will es nicht ablegen, sondern eher Antisemitismus bekämpfen, der für solche Unsicherheiten bei Juden_Jüdinnen überhaupt erst sorgt.

Die Elemente und Quellen der „jüdischen Perspektive“, die einzufangen ein so ein zentraler Punkt unserer Umfrage war, sind also sehr vielfältig. Bemerkenswert ist die enge Gleichzeitigkeit und Wechselwirkung von positiven Erfahrungen und Assoziationen mit Herausforderung, Bedrohungsempfinden und Angst.

Bei fast allen thematischen Abschnitten bejahte der überwiegende Teil der Befragten die Existenz einer spezifisch jüdischen Perspektive. Besonders eindeutig waren die Ergebnisse in den Fragen zu intergenerationellem Austausch (92% Zustimmung), Inklusion und Ausschluss (84% Zustimmung), Zuwanderung und Integration (82% Zustimmung) und Religionsfreiheit (77% Zustimmung). Erwartungsgemäß sahen weniger Befragte eine spezifisch jüdische Perspektive bei den Themen Klima und Umwelt (62% Zustimmung) sowie Coronapandemiemanagement und Jugend (31% Zustimmung); hier wurde häufig betont, dass die Themen alle Jugendlichen oder auch alle Menschen betreffen. Was genau die jüdische Perspektive ausmacht, ist also sehr divers und abhängig von individuellen Einstellungen und Positionen der Befragten, aber auch abhängig vom thematischen Kontext. Diese Vielfalt und Beweglichkeit sind unbedingt positiv hervorzuheben und sprechen für eine lebendige und diverse junge jüdische Gemeinschaft mit großem Interesse an unterschiedlichsten gesellschaftlichen und politischen Fragen. Die Themen, in denen die jüdische Perspektive aber vornehmlich mit Ausschluss- und Antisemitismuserfahrungen, mit Bedrohung und mangelndem Schutz oder fehlender gesellschaftlicher Aufmerksamkeit assoziiert wird, benötigen dringend Aufmerksamkeit. Die folgenden Kapitel versuchen, diese Schwachstellen zu beschreiben und mögliche Lösungen aufzuzeigen.

¹ Kaschrut („rituelle Eignung“) bezeichnet die jüdischen Speisegesetze.

² Mitzwot (Sg. Mitzwa) sind Ge- und Verbote, die sich aus Thora oder rabbinischen Lehren ergeben.

³ Yichud bedeutet den Rückzug einer Frau und eines Mannes in einen abgeschlossenen Raum. Dies ist manchen Juden nur als Ehepaar erlaubt. In welcher Form die Befolgung an der Teilhabe am politischen Leben hindert, ist nicht ganz klar.

Wie funktioniert politische Mitgestaltung für junge Jüdinnen und Juden?

Takeaways

Die **Förderung politisch engagierter junger Juden und Jüdinnen** ist nicht nur in jüdischen Organisationen und Institutionen möglich, sondern **sollte auch allgemeines politisches Anliegen sein**: in Parteien und Parteijugenden, in gewerkschaftlichen und weiteren Organisationen. Jüdinnen und Juden wollen nicht nur als solche wahrgenommen und gefördert werden, sondern als engagierte Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen und Funktionen.

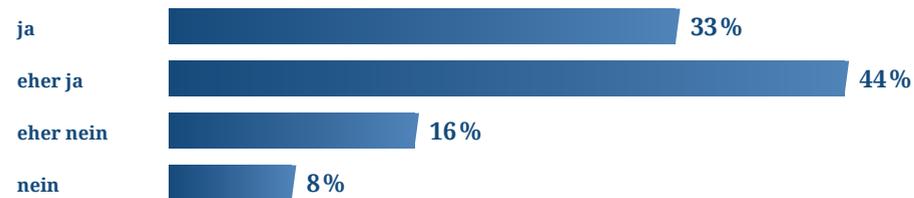
Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten hängen immer auch von sozialen und finanziellen Ressourcen ab, nicht zuletzt jenen der Familie. Gemeindestrukturen, Projekte und Vereine können hier für **mehr Teilhabe** sorgen, sofern sie selbst über diese Ressourcen verfügen. Gerade in strukturschwachen Regionen, vielen Kleinstädten und Landgemeinden potenziert sich die Problematik fehlender Mittel oftmals bei marginalisierten Zielgruppen. Jüdische Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind besonders betroffen. Hier und besonders auch im Fall von Mehrfachdiskriminierungen bspw. aufgrund von Geschlecht oder sexueller Orientierung wären entsprechende Anlaufstellen und Jugendangebote wichtig.

Das Stadt-Land-Gefälle bzw. ein Mangel an Gemeinde- oder anderen Organisationsstrukturen ist hier sehr bedeutsam: **jüdische Jugendliche im ländlichen Bereich** sowie jene mit speziellen politischen Interessen oder Bedürfnissen haben hier häufig keine oder **nicht ausreichend Ressourcen** zur Verfügung. Dies bedeutet auch einen möglichen Verlust jüdischen Lebens an diesen Orten in der Zukunft.

Wie funktioniert politische Mitgestaltung für junge Jüdinnen und Juden?

Anna Staroselski war bis Mai 2023 die Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland und ist Vizepräsidentin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Als Tochter jüdischer Kontingentflüchtlinge aus der Ukraine ist sie in Stuttgart geboren und aufgewachsen. Heute ist sie Geschichtsstudentin im Master an der Humboldt-Universität zu Berlin und arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag.

Entsprechen deine Möglichkeiten zu politischer Teilhabe deinen Bedürfnissen?



Das Judentum ist eine Religion der Zusammenkunft, Diskussion und Debatte. Fragen und Hinterfragen gehören immer dazu. Viele heute in Deutschland lebende Jüdinnen und Juden lernten die jüdische Tradition allerdings erst in den jüdischen Gemeinden kennen – was unter anderem daran liegt, dass etwa 90 Prozent der Gemeindeangehörigen Migrationshintergrund aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion haben. Nicht nur wurde in der UdSSR das Judentum nicht praktiziert, laut Karl Marx war Religion „Opium des Volkes“, religiöse Praxis war entsprechend mindestens verpönt, in den meisten Fällen jedoch verboten. Sowjetische Jüdinnen und Juden lebten in einem System des strukturellen Antisemitismus, das die Weitergabe der jüdischen Tradition zu verunmöglichen versuchte.

Mit der Einwanderung der 200.000 sogenannten jüdischen Kontingentflüchtlinge aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion standen die jüdischen Gemeinden in Deutschland in den 1990er Jahren vor einer großen Herausforderung: die Integration einer eingewanderten jüdischen Mehrheit in eine in Deutschland lebende jüdische Minderheit. Die Menschen wurden im gesamten Bundesgebiet verteilt, was die Herausbildung einer starken

Gemeindestruktur erschwerte. Eine entscheidende Rolle spielte damals die 1951 wieder gegründete Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST), die Hilfe und Unterstützung beim Integrationsprozess der eingewanderten jüdischen Familien bot.

Bis heute ist die ZWST eine Institution, die maßgeblich zur Stärkung der jüdischen Identität vieler Jüdinnen und Juden in Deutschland, ob alt oder jung, beiträgt. Ob Seniorenclub, Jugendzentrum oder jüdische Ferienfreizeitlager: einen geschützten Raum zu haben, in dem man sich nicht erklären muss, in dem man sich austauschen kann und seine jüdische Identität zelebrieren darf – darauf kommt es an.

Neben der ZWST gibt es eine Reihe weiterer Organisationen, die Programme für Jüdinnen und Juden in Deutschland und im Ausland anbieten, wie etwa die Union Progressiver Juden, die Ronald S. Lauder Foundation oder das Joint Distribution Committee. Sie schaffen Räume für Diskussion und bieten unterschiedliche Ansätze bei der Auslegung des jüdischen Rechts und der Religionspraxis.

Ich denke es ist besonders wichtig, auch jüdische Stimmen in gesellschaftlichen und politischen Debatten zu hören. Neben vereinzelt sehr sichtbaren Personen fehlt es an einer breit aufgestellten und jüdischen politischen Vertretung oder einer jüdischen Denkfabrik. Einzelne Initiativen und Zusammenschlüsse sind laut und sichtbar, aber es sind nicht genug.

Entscheidend für die Partizipation am Gemeindeleben ist jedoch die Zugänglichkeit der Angebote. Bis heute macht es einen Unterschied, ob man als Jude in Frankfurt oder in Jena lebt. Zum einen gibt es in Großstädten ein vielfältigeres Angebot, zum anderen verlassen junge Menschen häufig die kleinen Gemeinden und ziehen zum Studieren oder für berufliche Perspektiven weg.

Was macht eine jüdische Gemeinde aus? Geht es um Gemeinschaft oder religiöse Praxis? Wer findet dort Platz und wer nicht? Welche (Aushandlungs-)Prozesse finden in den Gemeinden statt? Jüdische Gemeinden sind Anlaufstellen und Orte, in denen Jüdinnen und Juden ihre Identität und ihren Glauben frei ausleben können sollen. Eine Gemeinde kann sich je nach Denomination und religiöser Ausrichtung unterscheiden. Zum Gemeindeleben gehören politische Gremien dazu, die über die Organisation und das Angebot innerhalb der Gemeinde entscheiden. Mitbestimmung und Partizipation der Gemeindemitglieder sind hierbei zentral. Sie haben so die Möglichkeit, ihre Anliegen zu adressieren und die Weiterentwicklung der Gemeinde mitzugestalten.

Ich fühle mich und meine Lebensrealität in der deutschen Politik kaum vertreten, es wird eher über Juden gesprochen als mit ihnen; es gibt keine wichtigen bekannten jüdischen Politiker, mit denen ich mich identifizieren könnte.

Die meisten jüdischen Gemeinden in Deutschland sind unter dem Dach des Zentralrats der Juden in Deutschland organisiert. Dieser hat die Aufgabe, als bundespolitische Repräsentanz die Interessen der Gemeindeglieder nach außen zu vertreten. 2016 wurde eine entsprechende politische Repräsentanz für junge Jüdinnen und Juden ins Leben gerufen – die Jüdische Studierendenunion Deutschland. Die JSUD ist die politische Interessenvertretung junger Jüdinnen und Juden im Alter zwischen 18 und 35. Sie gliedert sich in die European Union of Jewish Students und die World Union of Jewish Students ein. Seither beschäftigt sich die JSUD in erster Linie mit politischer Arbeit, damit, die Sorgen, Ängste und Bedürfnisse junger Jüdinnen und Juden zu kommunizieren, eine Sichtbarkeit für die Vielfalt jüdischen Lebens zu schaffen und junge Jüdinnen und Juden in ihrer Identität zu stärken. „Inspiriert durch unsere jüdischen und demokratischen Werte bestärken wir junge Jüdinnen und Juden, ihre jüdischen und gesellschaftspolitischen Interessen zu diskutieren und zu bündeln und eröffnen breite Möglichkeiten, diese durch gemeinschaftliches Handeln in jüdische Institutionen wie auch in die Gesamtgesellschaft einzubringen“, heißt es in den Leitsätzen der JSUD. Konkret bedeutet dies ein breites Seminarangebot, Organisation von politischen Kampagnen, die Zusammenarbeit mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen und Verbänden und Austausch mit politischen Stakeholdern, wie etwa Landtags- oder Bundestagsabgeordneten und Ministerien. Die Generation junger Jüdinnen und Juden ist alles andere als politikverdrossen. Sie ist mutig, laut, mischt sich ein und gestaltet mit. Dies betrifft sowohl die jüdischen Gemeinden als auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft. In diesem Bereich veranstaltet die WerteInitiative e.V. in Kooperation mit der JSUD seit zwei Jahren das Politische Forum, das es jungen Jüdinnen und Juden ermöglicht, drei Tage das politische Berlin kennenzulernen und sich untereinander zu vernetzen.

Le Dor va Dor – von Generation zu Generation

Der demografische Wandel macht sich in den Gemeinden stark bemerkbar. Junge Menschen müssen mehr einbezogen werden, um die Nachhaltigkeit jüdischen Lebens in Deutschland sicherzustellen. Ihre Wünsche müssen Berücksichtigung finden, das beginnt mit Partizipation und Repräsentanz. Dass knapp 80 Prozent der Befragten angeben, mit ihren Möglichkeiten der politischen Teilhabe zufrieden zu sein, ist ein gutes Zeichen. Die Arbeit muss aber weiter gehen. Die JSUD agiert bundesweit und arbeitet in den Regionen mit den Landesverbänden, den jüdischen Gemeinden und jüdischen Studierendenorganisationen zusammen. Das Augenmerk liegt darauf, Räume für junge Jüdinnen und Juden zu kreieren, die sie selbst gestalten können. Viele regionale Studierendenverbände haben eine lange Tradition. Diese aufrechtzuerhalten und Nachhaltigkeit sicherzustellen, ist und bleibt eine essenzielle Aufgabe. „Le Dor va Dor – von Generation zu Generation“ wird die jüdische Tradition weitergegeben. Dafür braucht es ein möglichst niederschwelliges und ansprechendes Angebot, um eine möglichst große Partizipation und Teilhabe zu ermöglichen.

 *Projekte, Programme und Seminare, die ich aufgrund meiner jüdischen Identität schon ziemlich früh mitnehmen durfte, haben dazu beigetragen, dass ich mich für zahlreiche demokratische Themen interessiere und dafür auch engagiere. Das Prinzip von Tikkun Olam spielt in meinem Leben eine große Rolle.*

Dass es heute, knapp 80 Jahre nach dem größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte, der Shoah, wieder jüdische Gemeinden in Deutschland, im Täterland, gibt, liegt einzig an dem Vertrauensvorschuss, den Jüdinnen und Juden Deutschland gegeben haben. Bis 1950 galt unter Jüdinnen und Juden weltweit der Konsens, dass es aufgrund der Shoah kein jüdisches Gemeindeleben in Deutschland geben dürfe. Dann wurde der Zentralrat der Juden in Deutschland gegründet, der bis heute die finanzielle und ideelle Stärkung der Gemeindeinfrastruktur fördert. Es entstehen immer mehr Verbände und Organisationen, nehmen ihre Arbeit (erneut) auf, wie etwa die jüdisch-queere Organisation Keshet Deutschland, der jüdische Karnevalsverein Kölsche Kippa Köpp e.V., der Verband für Israelis in Deutschland „Zusammen“, der jüdische Sportverein Makkabi Deutschland e.V. oder auch die WerteInitiative als eine zivilgesellschaftliche jüdische Stimme und vieles mehr. Die Zukunft des deutschen Judentums ist bunt, lebendig und mutig!

Diskriminierung und Trauma junger Jüdinnen:Juden

Takeaways

Für junge **Jüdinnen und Juden** ist **Antisemitismus** nach wie vor eine der **größten Herausforderungen** und die Art Diskriminierung, mit der sie sich am häufigsten konfrontiert sehen.

Die Mehrheit der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden hat osteuropäisch-postsowjetischen Migrationshintergrund. Darum spielt das Erleben antislawischer Ressentiments für viele junge Menschen eine besondere Rolle.

Die meisten jungen Jüdinnen und Juden sind Mehrfachdiskriminierungen ausgesetzt; zum einen judenfeindlichen Ressentiments und zusätzlich noch sexistischen, antislawischen und wirtschaftlich begründeten Ausschlussmechanismen.

Altersarmut vor allem **zugewanderter Jüdinnen und Juden** ist für viele junge Menschen ein abschreckendes Beispiel, das ihnen Angst vor der Zukunft macht und ein Unverständnis über den Umgang Deutschlands mit hier lebenden Jüdinnen und Juden hervorruft.

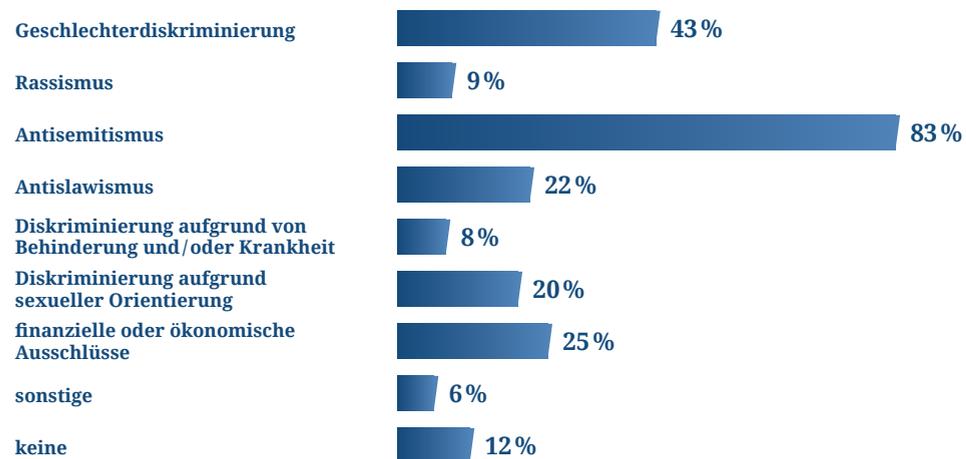
Maßnahmen:

- **Sensibilisierung von Lehrpersonal** für Antisemitismus, Antislawismus und die Problematik der Mehrfachdiskriminierung
- **Schulungen für Behörden** und Sicherheitskräfte zu Antisemitismus
- **Altersarmut** unter jüdischen Zuwanderern konsequent bekämpfen
- Die **Forderungen junger Jüdinnen und Juden ernstnehmen**, wenn es bspw. um die Bekämpfung von Antisemitismus geht

Diskriminierung und Trauma junger Jüdinnen:Juden

Junge Jüdinnen und Juden sehen sich oft mit vielen Herausforderungen gleichzeitig konfrontiert. Der in den letzten Jahren stetige Anstieg des Antisemitismus in allen gesellschaftlichen Milieus ist dabei nur eine – wenn auch eine der schwerwiegendsten. Viele kennen auch die Diskriminierungen einer Einwanderungsgesellschaft, in der die Herkunft nach wie vor eine wichtige Rolle spielt. Dass ein Großteil der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden einen Migrationshintergrund hat – viele einen osteuropäisch-postsowjetischen – wird in den öffentlichen Debatten oft vernachlässigt. So gaben viele junge Menschen in der Befragung an, Erfahrungen mit antislawischem Rassismus gemacht zu haben, noch bevor sie antisemitische Diskriminierung erfahren haben. Gerade bei der Elterngeneration machen viele junge Jüdinnen und Juden hier – teils verdrängte – Traumata aus. Traumata, die bis in die Generation der Urgroßeltern reichen, nehmen viele Teilnehmende auch für ihr eigenes Leben und ihre jüdische Identität als Belastung wahr. Aufgabe von Politik und Gesellschaft muss es sein, die vielfältigen Herausforderungen ernst zu nehmen, mit denen sich junge Jüdinnen und Juden konfrontiert sehen. Dazu gehört, Maßnahmen und

Von welchen Ausschlussmechanismen fühlst du dich besonders betroffen? (Mehrfachantworten möglich)



Institutionen zu fördern und zu stärken, die sich gegen Antisemitismus bzw. für ein sichtbares jüdisches Leben in Deutschland einsetzen. Aber auch die Frage der Mehrfachdiskriminierung, der sich viele junge Jüdinnen und Juden – gerade mit familiären Migrationshintergründen – ausgesetzt sehen, muss sichtbar gemacht werden. Dazu gehören Sensibilisierungen von Lehrpersonal ebenso wie die Schulung von Behörden und Sicherheitsorganen.

So erschreckend es ist, so wenig überraschend ist es leider auch, dass die meisten Teilnehmenden der Umfrage sich durch antisemitische Diskriminierungsmuster betroffen sehen. So gaben 83 Prozent an, dass es vor allem antisemitisch begründete Ausschlussmechanismen seien, von denen sie betroffen sind. Das darf vor dem Hintergrund kaum verwundern, dass antisemitisch geprägte Narrative in Deutschland durchgängig hohe Zustimmungswerte erzielen. So stimmten laut einer Studie im Auftrag des American Jewish Committee Deutschland (AJC) im Jahr 2022 bspw. 23 Prozent der Aussage zu, Juden hätten zu viel Macht in der Wirtschaft und im Finanzwesen.⁷ Und auch in den Freifeldantworten wird deutlich, wie viel Raum das Thema Antisemitismus bei den Teilnehmenden einnimmt. Dabei wird immer wieder deutlich, dass die Teilnehmenden eine Untätigkeit der deutschen Politik und Gesellschaft in Bezug auf Antisemitismus wahrnehmen.

Antisemitismus wird geduldet, belächelt, ignoriert und am Ende sind wir wieder schuld an allem.

Bei vielen Befragten entsteht der Eindruck, allein gelassen zu werden. Dies gelte auch für progressive Kreise, die sonst sehr wortstark gegen Diskriminierungen vorgehen. Stattdessen würden sich die meisten auf eine Inszenierung des Gedenkens an die Shoah konzentrieren. Immer wieder schreiben die Teilnehmenden von hohlen Phrasen und leeren Worten, die an den Gedenktagen aufgesagt werden, wenn es aber wirklich darum geht, Antisemitismus zu bekämpfen und sich für die Belange der Jüdinnen und Juden in Deutschland einzusetzen, geschehe zu wenig.

Definitiv wird zu wenig für lebende Juden und gegen Antisemitismus [getan] – es gibt immer nur hohle Phrasen.

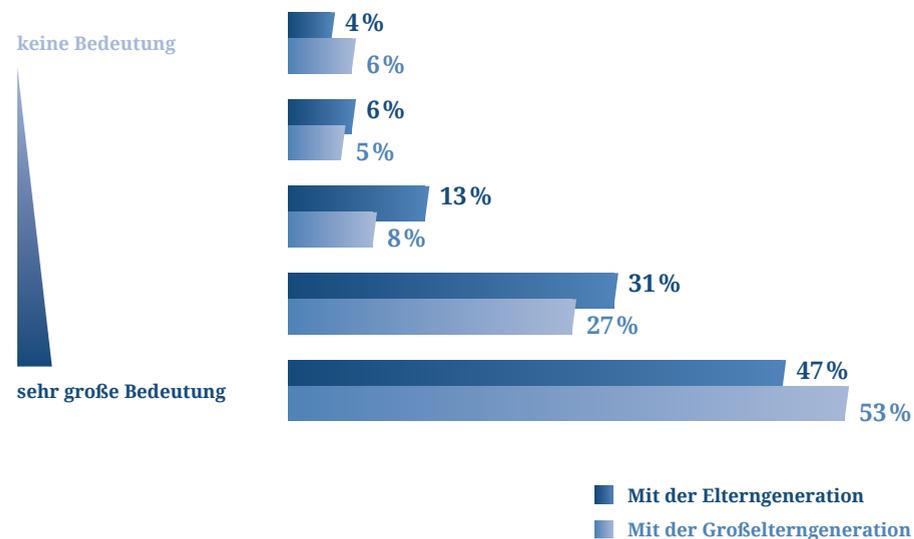
In diesem Zusammenhang nennen und die Teilnehmenden der Umfrage und der Gesprächsrunde auch immer wieder die documenta15 im Jahr 2022. Hieran sei deutlich geworden, dass man der Stimme von Betroffenen kein Gehör schenke, wenn es sich um Jüdinnen und Juden handelt. Viele sehen im offen zur Schau gestellten Antisemitismus der Kunstschau eine neue Qualität der öffentlich verbreiteten Judenfeindschaft, was durch die mangelnde politische Verantwortlichkeit und wochenlange Tatenlosigkeit nur schlimmer gemacht worden sei.

Es ist dieses gesellschaftliche Klima, in dem Antisemitismus zu selten erkannt und geächtet wird, in dem jüdischen Organisationen und Einzelpersonen, die ihn benennen, deutlich gemacht wird: es sind nicht der Antisemitismus oder die Antisemiten, die stören, sondern die Juden, die ihn anprangern. Der Eindruck, dass Antisemitismus geduldet wird und am Ende wieder Jüdinnen und Juden schuld seien, wird so nur verfestigt.

Die Angst vor antisemitischer Diskriminierung ist dabei nicht nur etwas, das junge Jüdinnen und Juden erleben, sondern es erstreckt sich über die Generationen und wird oft (unbewusst) weitergeben. So verheimlichen viele in der Schule ihr Jüdischsein, um möglicher Diskriminierung zu entgehen oder auf Anraten der Eltern, die ihre Kinder vor verletzenden Erfahrungen beschützen wollen, die sie selbst gemacht haben.

Doch sind es gerade auch unbewusste Gefühlserbschaften², die eine große Bedeutung für junge Jüdinnen und Juden heute haben. Darunter versteht man in Anlehnung an die Psychoanalyse Sigmund Freuds, dass zum Beispiel von Betroffenen nicht verarbeitete traumatische Erfahrungen nicht nur für sie selbst eine teils lebenslange Belastung bleiben, sondern sich auch auf deren Nachkommen auswirken. Diese unbewusste Weitergabe, die sich in Träumen, Fantasien, im Selbstbild oder dem emotionalen Erleben niederschlägt, schreibt so in gewissem Maße die Traumatisierung intergenerational fort.³

Welche Bedeutung hat der intergenerationale Austausch für dich?



Für die befragten jungen Jüdinnen und Juden spielt der intergenerationale Austausch eine besonders große Rolle in ihrem Leben. 78 Prozent messen dem Austausch mit der Elterngeneration eine hohe oder sehr hohe Bedeutung zu, beim Austausch mit der Generation der Großeltern sind es sogar 80 Prozent.

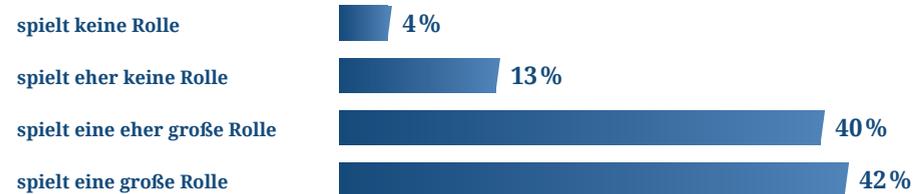
Hier stehen vor allem zwei Aspekte im Vordergrund: die Bewahrung der jüdischen Traditionen und Kultur auf der einen Seite, aber eben auch die Auseinandersetzung mit den traumatischen Erfahrungen der Shoah und dem Erleben von Antisemitismus. So schreibt ein:e Teilnehmer:in von einem „kollektiven Trauma“, dem sie:er mit dem intergenerationalen Austausch begegnen möchte. So nehmen die Erinnerungskultur und das Befassen mit Shoah und Nationalsozialismus auch heute noch einen großen Stellenwert bei jungen Jüdinnen und Juden ein, da die Traumatisierungen in der Familie fortleben, eben als oft unbewusste Gefühlserbschaften.

Traumata, Übertragung der Ängste durch Erziehung, „Pass dich an“, „Fall nicht auf!“

Diese traumatischen und durch Antisemitismus geprägten Erfahrungen führen nach Ansicht vieler Teilnehmer:innen dazu, dass sich einige junge Jüdinnen und Juden nicht öffentlich als jüdisch zu erkennen geben wollen würden. So gab ein Teilnehmer der Gruppendiskussion an: „Ich glaube es hat auch was damit zu tun, dass viele jüdische Menschen vielleicht auch gar nicht öffentlich über ihre Erfahrung oder sich einfach vielleicht nicht öffentlich zeigen wollen oder sich ganz genau sagen in welchem Kontext sie sich wie äußern und als jüdische Person outen, ganz einfach aus Sicherheitsgründen“. Denn dieses „Outen“ als jüdisch sei eben oft mit Diskriminierungserfahrungen verbunden.

Doch nicht nur die antisemitische Diskriminierung, die vorherige Generationen erfahren haben, hinterlässt ihre Spuren bei den jungen Teilnehmenden. Gerade auch antislawische Ressentiments spielen für viele eine große Rolle. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg und der Shoah waren die deutschen jüdischen Gemeinden so gut wie ausgelöscht oder zumindest stark dezimiert. Heute hat ein Großteil der Jüdinnen und Juden in Deutschland einen postsowjetischen Migrationshintergrund und damit auch ganz spezifische Erfahrungen in Bezug auf Migrations- und Diskriminierungserfahrungen.⁴ Oft ließ sich von der ersten Zuwanderergeneration das Jüdischsein vielleicht noch verheimlichen, doch durch den Akzent waren sie unmittelbar als Zuwanderer erkennbar. Somit spielte gerade für diese erste Generation der antislawische Rassismus eine besonders große Rolle und stellte in vielen Fällen die erste Konfrontation mit Ressentiments und Diskriminierung dar, bevor sie auch von antisemitischer Diskriminierung getroffen wurde. Und so geben auch 22 Prozent der Befragten in unserem Stimmungsbild an, von Antislawismus betroffen zu sein.

Welche Rolle spielt die Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Inklusion für dich?



Ich glaube auch, in so einem Armutsdiskurs wird selten an Jüdinnen und Juden, gerade ja in diesem Kontext von Kontingentgeflüchteten und Altersarmut [] gedacht.

Daran zeigt sich deutlich, dass viele Jüdinnen und Juden von mehreren Diskriminierungsformen betroffen sind. Neben Antisemitismus, der die dominante Form der Ausgrenzung darstellt, und antislawischem Rassismus, ist es vor allem die Geschlechterdiskriminierung, von der sich 48 Prozent der Befragten betroffen sehen und die auf einen hohen Stellenwert sexistischer Diskriminierung verweist, die vor allem weibliche Teilnehmerinnen betrifft. Von ihnen sahen sich 62 Prozent von geschlechterdiskriminierenden Ausschlussmechanismen betroffen. Doch auch wirtschaftliche Ausschlussmechanismen sind ein Thema, das ungefähr ein Viertel der Teilnehmenden bewegt. Dies verweist auch auf das Problem der Altersarmut in der jüdischen Gemeinschaft, das viele Jüdinnen und Juden – vor allem die aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zugewanderten – in ihrem Lebensabend trifft.⁵

Ich glaube auch so in intersektionalen Debatten oder so, ja, solchen Kontexten fehlt ganz oft eine jüdische Stimme, weil ich glaube, Jüdinnen und Juden werden selten mitgedacht oder beachtet, Antisemitismus wird selten mitgedacht.

Antisemitismus ist für die Teilnehmenden unserer Befragung nach wie vor die prävalenteste Form der Diskriminierung. Gegen diesen vorzugehen, muss weiterhin eine Priorität von Politik und Zivilgesellschaft in Deutschland sein. Dazu bedarf es konkreter Maßnahmen, die aufklären und Präventionsarbeit leisten. Diese müssen nachhaltig und dauerhaft gefördert werden und dürfen sich in ihrem Blick nicht verengen. Der eliminatorische Antisemitismus der extremen Rechten ist ebenso zu bekämpfen, wie der alltägliche Schuldabwehrantisemitismus an den Stammtischen der gesellschaftlichen Mitte und der Israelhass

auf linksliberalen Kunstschaufen. Genauso konsequent muss auch der Antisemitismus islamistischer Provenienz erkannt und benannt werden, um wirkungsvoll dagegen vorgehen zu können.

- ¹ https://ajcgermany.org/system/files/document/AJC%20Berlin_Antisemitismus%20in%20Deutschland_Eine%20Repr%C3%A4sentativbefragung.pdf
- ² Ausführlich zum Begriff Lohl, Jan (2010): Gefühlserbschaft und Rechtsextremismus. Eine sozialpsychologische Studie zur Generationengeschichte des Nationalsozialismus. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- ³ Moré, Angela (2012): „Die Unbewusste Weitergabe von Traumata und Schuldverstrickungen an nachfolgende Generationen“. Journal für Psychologie 21 (2).
- ⁴ Ausführlich dazu Körper, Karen: Jüdische Gegenwart in Deutschland. Die Migration russischsprachiger Juden seit 1989, in: Deutschland Archiv, 6.10.2016, Link: www.bpb.de/234438
- ⁵ Ein Factsheet der Zentralen Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland zu dem Thema findet sich hier: <https://zwst.org/sites/default/files/2022-01/Factsheet%20zum%20Problem%20der%20Altersarmut%20unter%20j%C3%BCdischen%20Zuwandererinnen%20%282%29.pdf>

NOT YOUR TOKEN JEWS:

Instrumentalisierung und Vereinnahmung junger jüdischer Menschen

NOT YOUR TOKEN JEWS: INSTRUMENTALISIERUNG
UND VEREINNAHMUNG JUNGER JÜDISCHER MENSCHEN

Takeaways

Jüdinnen und **Juden werden** zu oft noch nur **als Vehikel für politische Zwecke verwendet**, als dass sie mit ihrer eigenen politischen Agency ernstgenommen zu werden. Oft werden gerade auch junge Jüdinnen und Juden nur zu ihren Erfahrungen mit Antisemitismus befragt oder kurzfristig zu Gedenktagen wie dem 9. November oder 27. Januar von Medien interviewt. Doch unsere Umfrage hat gezeigt: junge jüdische Menschen haben zu vielen Themen eine Meinung, sie wollen sich einbringen und sie wollen ernstgenommen werden; als Juden ja, aber nicht auf diese Rolle reduziert und nicht als Dekoration, um leere Formeln an Gedenktagen zu schmücken.

Instrumentalisierung und Vereinnahmung junger jüdischer Menschen

Hanna Veiler ist politische Bildnerin, Publizistin und Aktivistin. Sie ist unter anderem Vizepräsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschlands und Teil des Teams Antirassistische Strategie bei der Grünen Jugend.

Neben Antisemitismus erleben Jüdinnen:Juden in Deutschland auch anhaltende Instrumentalisierung seitens der Mehrheitsgesellschaft. Dies muss endlich ein Ende haben.

Jene Jüdinnen:Juden, die in Deutschland in einer mehrheitlich nicht-jüdischen Umgebung aufwachsen und leben, teilen insbesondere eine Erfahrung miteinander: Sie werden zum Sprachrohr aller Jüdinnen:Juden erklärt.

Das bedeutet, bei jeglichen Fragen zum Judentum oder der eigenen Familienbiografie, egal wie persönlich und unangenehm diese sein mögen, Rede und Antwort stehen zu müssen. Dabei werden Jüdinnen:Juden automatisch zu Antisemitismus-, Shoah- und Nahost-Expert:innen. Dann spielt es keine Rolle, wie viel man tatsächlich weiß und worüber man sprechen möchte oder nicht. So werden sie unfreiwillig zu Vertreter:innen eines ganzen Volkes erklärt und das ganze Gewicht jüdischer Geschichte lastet plötzlich auf den Schultern häufig noch sehr junger Menschen.

Also dass ganz oft einfach Jüdinnen und Juden als ja, Token benutzt werden und irgendwie eine Person oder zwei, drei vorne hingestellt werden, damit sie die jüdische Stimme sind.

Die beschriebene Erfahrung lässt sich auch als Tokenisierung jüdischer Menschen beschreiben. Dieses Phänomen lässt sich in unterschiedlichen Kontexten, im öffentlichen wie auch im privaten Raum beobachten. Wenn Jüdinnen:Juden als Token instrumentalisiert werden, dann geht es in diesem Moment nicht um die reale jüdische Person, die vor einem steht. Es geht nicht um aufrichtiges Interesse am Gegenüber, daran, was die Person in ihrem Leben beschäftigt oder interessiert. In diesem Moment geht es um eine sehr bestimmte Rolle, die die jüdische Person erfüllen soll und eine bestimmte Annahme davon, wer Jüdinnen:Juden sind und zu welchen Themen sie sprechfähig sind. Dabei setzt ein Prozess ein, der irgendwo zwischen Fetischisierung und Viktimisierung anzusiedeln ist. Jüdinnen:Juden werden in die Opferrolle gedrängt und von der Außenwelt über ihre Diskriminierungserfahrungen definiert.

Jeder findet seinen Juden und stellt den dann nach vorne, um seine Positionen zu legitimieren.

Unter anderem lässt sich dieses Phänomen in Jungparteien beobachten. Junge Jüdinnen:Juden kommen mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Interessen in die Verbände und werden im Verlauf ihres Engagements häufig ungefragt zu Antisemitismusbeauftragten erklärt. Am Ende zählt es oft nicht, ob man sich ursprünglich mit Klimaschutz, Digitalisierung oder Feminismus beschäftigen wollte. Stattdessen soll man ein Seminar zu Antisemitismus organisieren, weil man mehr davon verstehe oder besser vernetzt sei. Ähnlich passiert es auch mit Betroffenen von anderen Diskriminierungsformen, die zu Botschafter:innen ganzer Communitys ernannt werden, ohne sich je zur Wahl aufgestellt zu haben.

Meine Rolle in einer Partei oder einem Verein wird damit immer auf diese Rolle runterreduziert und meine Meinung dadurch nicht gleichwertig behandelt.

Dabei ist es nicht in Frage zu stellen, dass die Perspektive von Betroffenen in Antisemitismus-Diskursen nicht fehlen darf. Vielmehr geht es darum, Betroffene im Kampf gegen Judenhass nicht alleine zu lassen und nicht für sie zu entscheiden, womit sie sich beschäftigen wollen und wozu sie sich öffentlich positionieren.

Doch es geht nicht alleine darum, was Jüdinnen:Juden repräsentieren und wozu sie sprechfähig sind, sondern auch darum, wann ihnen zugehört wird. Gerade junge Jüdinnen:Juden erleben in Deutschland häufig, als Störenfriede abgestempelt zu werden, wenn sie sich der Rolle des stillschweigenden Opfers entziehen und stattdessen wie vollwertige Bürger:innen dieses Landes handeln.

Eine jüdische Person in der Öffentlichkeit muss sich mehrmals gut überlegen, was sie äußert, da sie (ob religiös oder nicht) eine zusätzliche Verantwortung trägt.

So verhielt es sich zum Beispiel, als die Jüdische Studierendenunion Deutschlands das im Münchner Metropoltheater aufgeführte Theaterstück „Vögel“ öffentlich für antisemitische Inhalte kritisierte. Der ehemalige Bürgermeister Münchens, Christian Ude, twitterte daraufhin, die Jüdischen Studierenden hätten „nur nach einem Reizthema zum 9. November gesucht“. Damit reproduzierte er das antisemitische Narrativ von Jüdinnen:Juden, die Antisemitismus erfinden würden, um so die Welt zu manipulieren. Dies macht das Dilemma deutlich. Von Jüdinnen:Juden wird erwartet, traurig zu sein und über ihre Verfolgungsgeschichte zu sprechen. Dies sollen sie jedoch tun, ohne Forderungen zu stellen, voller Verständnis und ohne Anschuldigungen. Sobald Jüdinnen:Juden sich wehren, sind sie in Deutschland unerwünscht.

In einer besseren Gesellschaft sollte Antisemitismus nicht das Problem von Jüdinnen:Juden sein, sondern eines der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft. Solange das nicht so ist, werden Jüdinnen:Juden die Ressourcen fehlen, sich mit dem zu beschäftigen, was jüdisches Leben abseits der Gewalt ausmacht. Was genau das ist, muss jede jüdische Person für sich selbst definieren. Damit das geschehen kann, muss die Viktimisierung und Tokenisierung von Jüdinnen:Juden ein Ende haben. Uns muss es möglich sein, zu sein, wer wir sind, mit aller Komplexität und Ambivalenz, die das mit sich bringen mag. Die Gesellschaft muss uns zuhören, auch wenn es unbequem ist und auch, wenn wir über etwas anderes als Antisemitismus sprechen wollen.

ALLES SAFE?

Sicherheit für junges jüdisches Leben in Deutschland

ALLES SAFE? SICHERHEIT FÜR JUNGES JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND

Takeaways

Der **Schutz jüdischer Einrichtungen** auch außerhalb der Metropolen und unabhängig von deren finanziellen Möglichkeiten muss **im Fokus** stehen.

Schutzbedürfnisse jüdischer Einrichtungen müssen ernstgenommen werden. Entsprechende Angebote sollten proaktiv angeboten werden. Befragte haben oft den Eindruck, man müsse regelrecht darum „betteln“.

Die weitere **Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Sicherheitsbehörden und Justiz** zu den Themen Antisemitismus und jüdisches Leben sollte forciert werden. Antisemitismus muss erkannt werden, um wirkungsvoll dagegen vorgehen zu können. Und auch die Kenntnis jüdischen Lebens und Alltags gehört zu den Voraussetzungen, um dieses effektiv schützen zu können.

Antisemitische Taten müssen konsequent verfolgt werden. Teilnehmende hatten oft das Gefühl, nicht ernstgenommen zu werden oder dass Ermittlungen meist im Sande verlaufen – gerade bei Hass und Hetze im Netz.

Rechtsextreme und antisemitische **Zwischenfälle in den Sicherheitsbehörden müssen** mit aller Härte **verfolgt** werden. Sie sind der größte Grund für Vertrauensverlust in staatliche Stellen. Doch braucht es auch Prävention, um solche Fälle gar nicht erst entstehen zu lassen. Neben Bildungs- und Aufklärungsarbeit sollten unabhängige Beschwerdestellen für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden eingerichtet werden.

Sicherheit für junges jüdisches Leben in Deutschland

Es ist so verstörend, wie es Normalität ist: vor vielen Synagogen und jüdischen Einrichtungen stehen Polizist:innen, um die Objekte zu schützen. Wer hinein will, muss oft durch eine Sicherheitsschleuse. Dies ist Abbild der Bedrohung, der jüdisches Leben ganz alltäglich in Deutschland ausgesetzt ist. Der Anschlag auf die Synagoge in Halle im Jahr 2019 hat uns erneut vor Augen geführt, wie wichtig ein zuverlässiger Schutz jüdischer Einrichtungen ist und welche fatalen Auswirkungen es haben kann, wenn er fehlt.

Ich habe Angst vor Antisemitismus in der Polizei. Würde mir ein antisemitischer Übergriff passieren, hätte ich Angst zur Polizei zu gehen, da ich befürchte, nicht ernst genommen zu werden.

Das Verhältnis der Teilnehmenden zu den Sicherheitsbehörden ist ambivalent. Viele sind sich deren Bedeutung für die Sicherheit jüdischen Lebens bewusst und dankbar für die Arbeit der Polizist:innen, die ihren Dienst vor jüdischen Einrichtungen versehen. Doch sind es gerade Skandale um interne Chatgruppen, in denen sich Beamte antisemitisch und rechtsextrem äußern, die viele verunsichern. So sind es dann insgesamt 74 Prozent der Befragten, die sich nicht ausreichend durch Sicherheitsbehörden und Justiz geschützt sehen.

Die angegebenen Gründe hierfür sind vielfältig, lassen sich aber in drei Kategorien aufteilen. So mangelt es nach Angabe etlicher Teilnehmender gerade in ländlichen Regionen an grundlegendem Schutz der Einrichtungen. Während in Städten wie Berlin oder Frankfurt Polizeiposten vor Synagogen üblich sind, war dies bei der Synagoge in Halle beispielsweise nicht der Fall. Am Tag des Anschlags befanden sich keine Einsatzkräfte in der Nähe,

Fühlst du dich als Jude:Jüdin durch Sicherheitsbehörden und Justiz ausreichend geschützt?



sondern mindestens drei Kilometer entfernt¹, was dem Täter wohl die Flucht vom Tatort ermöglichte.

Ob man als jüdische Institution oder Veranstaltung ausreichend geschützt ist, hängt oft davon ab, ob das lokale Polizei/LKA Personal einem wohlgesonnen ist und ob man einen guten persönlichen Kontakt zueinander pflegt. Wenn ja, dann ist das natürlich gut. Trotzdem realisieren meiner Erfahrung nach die behördlichen Sicherheitskräfte oft das Ausmaß der Gefahr nicht wirklich, sodass man auf private Sicherheit zurückgreifen muss.

Insbesondere kleine und finanziell schwache Gemeinden sehen sich teilweise schlecht geschützt. Teilnehmende haben hier mitunter den Eindruck, um Schutzmaßnahmen „betteln“ zu müssen oder ganz allein gelassen zu werden. Dies stellt eine fatale Botschaft dar.

Zweitens haben viele Teilnehmende den Eindruck, dass sie im Speziellen und jüdische Belange ganz allgemein zu oft nicht wirklich ernstgenommen werden. Oft geben sie an, dass bei Fragen der Sicherheit jüdischer Organisationen, Institutionen und Personen nicht auf diese selbst gehört wird. Das ist aber – gerade jungen Menschen – grundlegend wichtig, um hier eine solide Vertrauensbasis herzustellen. Viele geben darüber hinaus an, es fehle bei Polizei und Justiz oft an Wissen über jüdisches Leben und Antisemitismus. So äußern die Teilnehmenden häufig ihr Unverständnis darüber, dass die Synagoge in Halle an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, unbewacht war.

Siehe das Attentat in Halle 2019. Die Polizei war nicht da, am Tag des höchsten jüdischen Festes. Sie wusste nicht einmal, was Jom Kippur ist.

Aber auch ein Verständnis von Antisemitismus fehlt vielen bei Behörden und Gerichten. Zu oft würde Antisemitismus gar nicht erst als solcher erkannt, Betroffene nicht ernstgenommen. Zwar gebe es bei vielen Diskriminierungsformen noch Verbesserungsbedarf, doch gerade in Fragen den Antisemitismus betreffend, sehen die Befragten die größten Lücken. Hier offenbart sich eine noch zu oft fehlende Sensibilisierung für die Belange der jüdischen Community auf allen Ebenen der Behörden und leider eben auch schlicht mangelndes Wissen über die Erscheinungsformen des modernen Antisemitismus. Denn nur wer Antisemitismus in seinen Grundzügen versteht, kann ihn rechtzeitig erkennen und empathisch mit den Betroffenen umgehen.

Die dritte Kategorie an Gründen, die laut Befragung dazu führen, dass sich die meisten Teilnehmenden nicht ausreichend geschützt fühlen von Justiz und Sicherheitsbehörden, sind die leider immer wieder auftretenden rechtsextremen Vorfälle in den Sicherheitsbehörden. Hier reichen schon wenige Fälle, um das Vertrauen fundamental zu erschüttern. Denn wenn diejenigen, die einen eigentlich beschützen sollen, auf einmal zu denjenigen

werden, die einen vernichten wollen, ist das Verhältnis auf einen Schlag schwer beschädigt und das Vertrauen nachhaltig verloren.

» Ja oder wenn man bedenkt, dass ganz viele jüdische Institutionen [] von der Polizei beschützt werden. [] oder eben nicht beschützt werden. Aber wenn sie beschützt werden, dass es auch sein kann, dass ein Polizist vor der Schule beispielsweise steht, der eigentlich nationalsozialistisches Gedankengut gutheißt. Das ist halt kein schönes Gefühl, ist ein unsicheres Gefühl.

Hier braucht es konsequentes Vorgehen gegen menschenfeindliche Ideologien innerhalb der Sicherheitsbehörden und eine Sensibilisierung von Einsatzkräften, die jüdische Orte schützen. Denn der Schutz jüdischer Einrichtungen und Orte ist immer auch der Schutz der hier lebenden Jüdinnen und Juden. Schutzbedarfe ernst zu nehmen ist keine Sonderleistung, sondern heißt, der Bedrohung eines Teils der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu begegnen. Die Bundesrepublik tut in diesem Bereich viel, dennoch müssen die von den Teilnehmenden konstatierten Mängel ernstgenommen werden.

Es bedarf also einer verstärkten fachlichen Auseinandersetzung und Schulung in Justiz und Exekutive, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu befähigen, Antisemitismus zu erkennen und ihm entgegenzuwirken. Erkenntnisse aus der Forschung müssen hier umfassend Eingang in die Praxis finden.

Dies gilt auch bei der Einordnung von Hintergründen und Motivationen für antisemitische Straftaten – wie Taten und Täter:innen bewertet und Statistiken geführt werden, hat weitreichende Folgen nicht nur für die Strafverfolgung, sondern auch für die Wirkung in die Gesellschaft hinein – allen voran in die jüdische Community. Hier hat bspw. das Land Berlin erste gute Schritte umgesetzt, indem sowohl bei Polizei als auch der Staatsanwaltschaft Antisemitismusbeauftragte eingesetzt wurden. Auch das Projekt Regishut für Sensibilisierung zu Antisemitismus in der Berliner Polizei ist als best practice-Beispiel zu nennen. Solche Arbeit muss ausgebaut und in weiteren Bundesländern implementiert werden. Dazu gehört auch ein konsequentes Vorgehen gegen menschenfeindliche Einstellungen innerhalb der Sicherheitsbehörden, um Vertrauen in die Strukturen zu schaffen, die für den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland verantwortlich sind. Hier ist vor allem Präventionsarbeit nötig, um es gar nicht erst zu Zwischenfällen kommen zu lassen. Kommt es doch zu Fällen, wie rassistischen oder antisemitischen Aussagen oder gar Betätigungen von Beamten:innen, braucht es eine ehrliche Aufarbeitung. Die bundesweite Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden, wäre hier eine konkrete Maßnahme, um verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen und dauerhafte Strukturen zu schaffen, der Problematik zu begegnen².

Das alles sind Signale, die den Befragten bislang fehlen und zu dem Gefühl der meisten beitragen, sich nicht ausreichend geschützt zu fühlen. Natürlich können die Veränderungen nicht über Nacht kommen und werden genauso wenig zu einer sofortigen Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls führen. Doch wären es Schritte, auf die Bedürfnisse (junger) Jüdinnen und Juden in Deutschland einzugehen.

» Sicherheitsbehörden können mich nicht ausreichend schützen. [Ich würde z.B. niemals als Jude erkennbar mit dem Zug durch Thüringen fahren.] Das ist kein Problem der Sicherheitsbehörden, sondern der Gesamtgesellschaft.

¹ Schlussbericht der Polizei Sachsen-Anhalt zum Tathergang: <https://fragdenstaat.de/dokumente/118082-managementfassungschlussberichtzumanschlag09102019/>

² Laut einer Umfrage des Mediendienstes Integration im Jahr 2022 waren in nur sieben von 16 Bundesländern die Polizei-Beschwerdestellen unabhängig, also weder bei der Polizei selbst noch bei der Innenverwaltung angesiedelt.

Universitäre Staatsexamina an jüdischen Feiertagen

Takeaways

Dass **Prüfungen an Universitäten, Schulen und Berufsschulen nicht an Feiertagen** stattfinden sollten, scheint eine Banalität. Für junge Jüdinnen und Juden ist es aber Alltag, dass sie sich zwischen ihrer religiös-kulturellen Praxis und ihrer Ausbildung entscheiden müssen. Ein säkularer Staat, der dieses Recht, sich nicht zwischen Religion und Ausbildung entscheiden zu müssen, der christlichen Religionsgemeinschaft einräumt, sollte keinen Unterschied machen, wenn es um Jüdinnen und Juden geht. Das **Grundrecht junger Jüdinnen und Juden auf freie Religionsausübung** wird so unverhältnismäßig eingeschränkt. Ein Zustand, den es schnellstmöglich durch die Politik zu ändern gilt, da Appelle an Schulen und Universitäten bisher keine flächendeckende Besserung der Situation bewirkt haben.

Das Judentum ist die einzige monotheistische Religion, die ein striktes und dogmatisches Arbeitsverbot an Feiertagen vorschreibt. Die jüdischen Gesetze definieren den Arbeitsbegriff konkret und unterteilen ihn in 39 verbotene Tätigkeiten, zu denen unter anderen auch die Verbote des „Schreibens“ und des „Korrigierens“ zählen. Dieses Arbeitsverbot gilt neben dem „Schabbat“ an sechs Feiertagen, deren Daten jederzeit und für jedes Prüfungsamt im Kalender zugänglich und abrufbar sind. Es gilt für die Feiertage Rosch HaSchana (Neujahr), Jom Kippur (Versöhnungstag), Sukkot (Laubhüttenfest), Schemini Azeret (Schlussfest), Pessach (Passah-Fest) und Schawuot (Wochenfest). Ein Verstoß gegen das Schreibverbot bedeutet gleichzeitig einen schweren Verstoß gegen die Gebote G'ttes. Jüdische Studierende werden somit **zwangsweise vor die Wahl zwischen der Fortsetzung ihres Studiums und ihrer Glaubensfreiheit** gestellt.

Als bundesweite politische Interessensvertretung von ca. 25.000 jüdischen Studierenden und jungen Erwachsenen schließt sich die Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD) der Forderung des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland K.d.Ö.R., Herrn Dr. Josef Schuster, an, **Ausweichtermine für religiöse jüdische Studierende zu ermöglichen**, die aufgrund ihrer Religionsausübung an der Wahrnehmung der regulären Prüfungstermine im Rahmen der Staatsexamina verhindert sind. Zur Überprüfung schlägt die JSUD zudem von religiösen Funktionären der jüdischen Gemeinden ausgehändigte Bescheinigungen über die „Feststellung der Verhinderung an der Prüfungsteilnahme“ vor.

Universitäre Staatsexamina an jüdischen Feiertagen

Lars Umanski kommt aus einer ukrainisch-jüdischen Familie und ist in Unna aufgewachsen. Er ist mittlerweile wohnhaft in Berlin und studiert Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität. Seit 2019 ist er Vizepräsident der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD).

Vierorts hört man oft, dass die Rückkehr jüdischen Lebens in Deutschland ein Geschenk sei. Doch diese scheinbar positiv gemeinte Aussage verkennt insbesondere eines: Mit Geschenken verfährt man nach Belieben. Jüdisches Leben in Deutschland bedeutet indes Verantwortung, gerade für den Staat und seine Einrichtungen.

 *Jüdischsein heißt für mich: „Die jüdische Geschichte kennen, den Schabbat halten, die jüdischen Feiertage feiern, kosher essen.“*

Regelmäßig sagen deutsche Politikerinnen und Politiker Antisemitismus den Kampf an. Dass dieser aufgrund seines abstrakten Charakters und seiner jahrhundertelangen Tradition hierzulande einen dauerhaften und langwierigen Kampf erfordert, ist dabei offensichtlich. Doch dass auch in den eigenen staatlichen Institutionen weiterhin durchaus diskriminierende Strukturen für Jüdinnen und Juden bestehen, wird dahingehend oft verkannt. Dabei könnten sie vergleichsweise unkompliziert ausgeräumt werden.

So sind Universitätsklausuren an Weihnachten, Ostern oder Christi Himmelfahrt in Deutschland unvorstellbar. Die christlichen Feiertage – zumeist gesetzlich anerkannt – genießen hohen rechtlichen Schutz von Verfassungsrang. In Art. 140 des Grundgesetzes

Hältst du die Religionsfreiheit, im Sinne des Schutzes religiöser wie weltanschaulicher Überzeugungen und Lebensweisen, in Deutschland für ausreichend umgesetzt?



(GG) i.V.m. Art. 139 der Weimarer Verfassung (WRV): „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt“. Näheres regeln die Landesgesetze. Doch gerade in den Staatsexamensfächern wie Medizin und Rechtswissenschaft fallen die Abschlussprüfungen oftmals mit jüdischen Feiertagen zusammen. Im Gegensatz zum Christentum – das Verrichten von Arbeit an Feiertagen ist hier nicht untersagt – kennt die jüdische Religion aber ein dogmatisches Arbeitsverbot, was orthodoxe Studierende im Zweifel vor eine unzumutbare Gewissensentscheidung stellt:

Was konkret unter das Arbeitsverbot fällt, ist insbesondere im Talmud, der mündlichen Überlieferung der Thora, niedergeschrieben und näher definiert. Verboten sind die 39 Tätigkeiten (Melachot), die sowohl zur Erbauung als auch zur Nutzung des Stiftzeltes (Mischkan) verrichtet wurden, darunter auch das Schreiben sowie die dadurch ggf. anfallende Korrektur von Fehlern. Das Arbeits- und Schreibverbot ist einschlägig für den wöchentlich wiederkehrenden Schabbat, von Freitagabend bis Samstagabend, sowie 13 weitere Tage im Jahr – die sogenannten hohen jüdischen Feiertage –, namentlich Rosh Hashana (zwei Tage), Jom Kippur (ein Tag), Sukkot (zwei Tage), Schemini Azeret (ein Tag), Simchat Thora, (ein Tag) Pessach (vier Tage) und Schawot (zwei Tage). Wie alle Tage im Judentum, beginnen diese jeweils am Abend und dauern bis zum nächsten Abend fort.

 *Jüdischsein heißt für mich: „Seine Religion frei ausleben zu können.“*

Der Ursprung des Schabbats findet sich in der Entstehung der Welt, wonach sie in ihren verschiedenen Facetten in sechs Tagen erschaffen wurde. Am siebten Tag hat G'tt geruht und auch dem jüdischen Volk befohlen, keine Arbeit zu verrichten.

Ein Verstoß gegen das Arbeitsverbot, welches den oben getätigten Ausführungen nach auch ein Schreibverbot umfasst, bedeutet gleichzeitig einen schweren Verstoß gegen die Gebote G'ttes. Orthodox lebende jüdische Studierende werden in diesen Fällen der Überschneidung somit zwangsweise vor die Wahl zwischen der Fortsetzung ihres Studiums und ihrer Glaubensfreiheit gestellt. Eine Entscheidung zugunsten der eigenen religiösen Überzeugung verlängert im Zweifelsfall, ohne eigenes Verschulden, die Studienzzeit der jüdischen Studierenden. Im Jurastudium kann dies folglich den Freiversuch im Staatsexamen kosten. Eine solche Entscheidung kann studiengangübergreifend gravierende Auswirkungen auf die Studienfinanzierung haben. So kann beispielsweise der Anspruch auf BAföG verfallen. Auch ein verzögerter Einstieg der Studierenden in das Berufsleben kann die Folge sein.

Im Arbeits- und Schulrecht wurde das Problem unlängst erkannt. So sind Arbeitgeber grundsätzlich dazu verpflichtet, Arbeitnehmern für die besagten Tage Urlaub zu gewähren, sofern dem keine dringenden betrieblichen Gründe entgegenstehen. Schüler können vom Unterricht freigestellt werden. Eine flächendeckende, vergleichbare Praxis für Universitäten existiert bislang nicht.

Der demnach weiter aufrechterhaltene Zustand wird der grundrechtlich geschützten Religionsfreiheit i.S.d. Art. 4 GG nicht gerecht. Diese umfasst neben der inneren Freiheit auch die äußere Freiheit, wozu auch „das Recht des Einzelnen, sein gesamtes Verhalten an den Lehren seines Glaubens auszurichten und seiner inneren Glaubensüberzeugung gemäß zu handeln“ gehört. Dass das Fernbleiben von Klausuren und Prüfungen aus religiösen Gründen in den Schutzbereich von Art. 4 GG fällt, ist dabei ständige Rechtsprechung.² Der Staat und seine Institutionen haben dies als grundrechtsverpflichtete Akteure entsprechend zu achten.

62 Prozent der Befragten sehen die Religionsfreiheit in Deutschland nicht ausreichend umgesetzt. Seit Jahren drängen jüdische Organisationen wie der Zentralrat der Juden in Deutschland und die Jüdische Studierendenunion Deutschland, aber auch diverse Politikerinnen und Politiker und gesellschaftliche Akteure deshalb auf eine Lösung des Problems. Bekannt ist in diesem Zusammenhang beispielsweise, dass der frühere Bundesgesundheitsminister, Jens Spahn, bereits 2019 an das IMPP (Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen) appellierte, jüdische Feiertage bei der Prüfungsplanung künftig zu berücksichtigen.³

Doch ein Blick in den Kalender zeigt: Nachdem die herbstliche Prüfungsphase 2022 mit dem jüdischen Feiertag Sukkot kollidierte, folgt die nächste Überschneidung bereits im zweiten Abschnitt der ärztlichen Prüfung im Frühling 2023, diesmal mit dem jüdischen Pessach-Fest.⁴ Dabei werden Prüfungstermine – laut eigener Aussage des IMPP – drei Jahre im Voraus terminiert.⁵ Warum es allerdings vier Jahre nach dem Gespräch des IMPP mit Jens Spahn trotzdem zu einer Überschneidung im Frühjahr 2023 kommt, bleibt auf den ersten Blick ein Rätsel.

Dass es auch anders geht, bewies das IMPP in jüngerer Vergangenheit übrigens selbst: So fand der Test für Medizinische Studiengänge (TMS) bis 2019 stets an einem Samstag statt, seit 2020 wird ein Ausweichtermin angeboten, auch wenn die Regelungsänderung erst auf Druck aus Politik und Zivilgesellschaft hin eingeführt wurde.⁶

Das Problem der Zuständigkeit

Berichte verschiedener jüdischer Studierender, die in der Vergangenheit an die JSUD herangetreten waren, weisen allesamt auf, dass sich die Kommunikation mit den zuständigen Prüfungsämtern über das Problem oftmals schwierig gestaltet. Die Terminierung der Prüfungen läge ohnehin nicht in ihrem Verantwortungsbereich, das Angebot eines Ausweichtermins sei zu umständlich und keine gängige Praxis und überhaupt müsse die Anzeige seitens der Studierenden zu einem früheren Zeitpunkt erfolgen. Dabei ist der genaue Zeitpunkt der Ablegung des Staatsexamens aufgrund der Vielzahl der Leistungserfordernisse für Studierende oftmals nicht ohne Weiteres Jahre im Voraus planbar.

Der Bund hingegen verweist darauf, dass ihm faktisch die Hände gebunden seien – die Terminierung der Hochschulprüfungen ist Ländersache. Er habe keine Kompetenz im Gesetzgebungsverfahren.⁷

Aus einer Antwort des Bundestags auf eine kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen geht zudem hervor, dass bereits 2005 (!) die damalige Generalsekretärin der Hochschulrektorenkonferenz in einem Rundschreiben an die Hochschulrektoren darum bat, jüdischen Studierenden entgegenzukommen, sofern diese religionsbedingt nicht an einer Prüfung teilnehmen könnten.⁸

Empfehlungen, Bitten, Ratschläge, aber eben keine gesetzlichen Verpflichtungen. Dass das Problem 18 Jahre später immer noch nicht gelöst ist, offenbart die dringende Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung. Dass das IMPP anscheinend auch 2020 noch die Berücksichtigung jüdischer Feiertage ausließ, zeigt überdies den wahren Kern des Problems auf. Dieser liegt gewiss nicht in der Zuständigkeit, sondern in einer mangelnden Sensibilisierung für jüdisches Leben und die Belange jüdischer Menschen. Dies trifft sowohl auf die Mehrheitsgesellschaft als auch auf staatliche Strukturen, wie Koordinierungs- und Prüfungsstellen rund um das Hochschulleben, zu.

Jüdisches Leben ist, wie erwähnt, eben kein Geschenk. Es ist Verantwortung. Wer somit letztlich für die Einführung einer einheitlicheren Regelung und eine sensiblere Umgangsweise mit religiösen Belangen zuständig ist – eines steht fest: Die Verantwortung darf nicht auf jüdische Studierende abgewälzt werden.

¹ BVerfGE 32, 98

² u.a. OVG Münster, Beschluss vom 7. August 1984 – 5 B1257/84

³ <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/gewissenspruefung/>

⁴ Ebd., <https://www.impp.de/pruefungen/medizin/pr%C3%BCfungstermine.html>

⁵ <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/gewissenspruefung/>

⁶ <https://www.tagesspiegel.de/wissen/am-schabbat-muss-man-sich-nicht-prufen-lassen-5850442.html>

⁷ BT-Drucks. 19/19724

⁸ Ebd.

Institutionen, Werte, Wahrnehmung und Möglichkeiten

Takeaways

Die Teilnehmenden hoffen, dass die **Einbindung in den EU-Kontext**, die Verpflichtung zum **Schutz der Menschenrechte** sowie **Friedensicherung** und **Krisenmanagement** auf europäischer Ebene **auch jüdisches Leben schützen**. Die jüdische Erfahrung zeigt, dass Konflikte und Krisen als Katalysatoren für Antisemitismus wirken.

Es zeigt sich, dass viele Teilnehmende ein eher **vages Bild von Funktionsweisen und Möglichkeiten der EU** haben. Die Verbesserung verpflichtender Lehrinhalte könnte hier Abhilfe schaffen. Zugleich steckt aber auch in freiwilligen Programmen, in denen junge Menschen die EU kennenlernen können, ein großes Potenzial. Leitsatz muss sein, dass eine demokratische Institution wie die EU von gut informierten Bürger:innen lebt, die aktiv mitgestalten können und wollen.

Programme und Institutionen wie die EU-Antisemitismusstrategie, die Arbeitsgruppe gegen Antisemitismus im EU-Parlament oder die EU-Beauftragte für die Förderung jüdischen Lebens und die Bekämpfung des Antisemitismus **verdienen mehr Aufmerksamkeit und Bekanntheit**. Eine ansprechende Vermittlung und Kommunikation könnte hier möglicherweise mehr junge (jüdische) Menschen erreichen. Entsprechende Projekte sollten jedenfalls weiterhin gefördert werden.

Programme zum intereuropäischen Austausch zwischen jüdischen Gemeinden und Organisationen werden – sofern bekannt – **sehr positiv** gesehen und stellen einen wichtigen Baustein für die Sicherung einer jüdischen Zukunft in Deutschland und Europa dar.

Institutionen, Werte, Wahrnehmung und Möglichkeiten

In der Umfrage¹, die im Rahmen des European Year of Youth durchgeführt worden war, um festzustellen, welche Themen die Teilnehmenden besonders interessieren, wählte etwa ein Drittel „Europäische Werte“. Damit liegt der Themenbereich zwar hinter den eher akuten und praktischen Gegenständen wie Klimawandel, Bildung oder Antidiskriminierung, kann aber doch große Relevanz behaupten. Auch in der vorliegenden Umfrage spielten europäische Werte und europäische Politik eine wichtige Rolle.

 *[Besonders relevant] ist die Einbettung in eine Gemeinschaft demokratischer Staaten, die auch Deutschland als freiheitliche Demokratie sichert.*

Wir wollten von den Teilnehmenden wissen, was sie mit der Europäischen Union in Bezug auf eine jüdische Zukunft in Deutschland verbinden und welche Institutionen und Themen hierbei besonders wichtig sind. Außerdem wollten wir wissen, wo es Kritikpunkte gibt und wie die EU ihre Rolle für eine jüdische Zukunft in Deutschland besser wahrnehmen könnte.

Die Europäische Union: Institutionen und Akteure

Fast 70% der Teilnehmenden gaben an, die EU spiele ihrer Meinung nach eine relevante Rolle bei der Gewährleistung und Stärkung einer jüdischen Zukunft in Deutschland.

Auf die Frage, welche Institutionen, Maßnahmen oder Werte hierbei ihrer Meinung nach besonders relevant sind, nannten die Teilnehmenden im politischen Bereich die Fraktionen im EU-Parlament, die EU-Kommission und die EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus, die Arbeitsgruppe gegen Antisemitismus des EU-Parlaments, die EU-Grund-

Spielt die EU deiner Meinung nach eine relevante Rolle für die Gewährleistung und Stärkung einer jüdischen Zukunft in Deutschland?



rechteagentur und explizit deren Studien zu Antisemitismus sowie die EU-Beauftragte gegen Antisemitismus Katharina von Schnurbein. Als Institutionen auf europäischer zivilgesellschaftlicher Ebene wurden die Europäische Union jüdischer Studierender (EUJS), der European Jewish Congress (EJC) und die European Union for progressive Judaism (EUPJ) genannt.

Der **Arbeitsgruppe gegen Antisemitismus im EU-Parlament** gehören Mitglieder des Europäischen Parlaments an, die sich zum Ziel gesetzt haben, parteienübergreifend den Kampf der EU gegen Antisemitismus zu unterstützen und Impulse zu geben. Der European Jewish Council (EJC) stellt momentan gemeinsam mit B'nai B'rith International den Beirat der Arbeitsgruppe. Zu den Projekten der Arbeitsgruppe zählen beispielsweise die möglichst weitgehende Implementierung der IHRA¹-Arbeitsdefinition von Antisemitismus oder Vorschläge für die EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens². Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Nicola Beer, möchte in diesem Rahmen die EU-Grundrechteagentur als Institution, die sich um den standardmäßigen Einsatz der IHRA-Definition bemüht, aufwerten: „Die Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) muss weiter in den Mitgliedstaaten – und zwar auf allen Ebenen – etabliert werden. Derzeit blicken wir auf ein sehr unterschiedliches Niveau des Engagements in den EU-Mitgliedstaaten. Das müssen wir ändern.“³

Die **EU-Grundrechteagentur (FRA)** widmet sich im Rahmen ihrer Aufgabe, die Grundrechte in der EU zu schützen, auch Diskriminierung, Hassrede und -gewalt im Bereich Antisemitismus. Ihre großen Erhebungen zu diesem Thema geben Aufschluss über das Phänomen und ermöglichen Einzelnen, aber auch Politik, Lehrkräften und Wissenschaft einen Einblick in Wahrnehmungen und Erfahrungen von Jüdinnen:Juden in Europa. Nach jenen in den Jahren 2013 und 2018 startet in diesem Jahr eine neue Umfrage der Agentur⁴.

 *Der europäische Zusammenschluss erlaubt einen nahtloseren Draht zwischen Juden in ganz Europa.*

Die **EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus** und zur Förderung jüdischen Lebens wurde im Oktober 2021 von der EU-Kommission vorgestellt. Die Strategie enthält Maßnahmen mit den Schwerpunkten Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus, Schutz und Förderung jüdischen Lebens in der EU und Aufklärung, Forschung und Gedenken an den Holocaust. Zudem erklärt die EU die weltweite Bekämpfung des Antisemitismus zu ihrem Ziel. Ein Bestandteil dieses dritten Schwerpunkts ist der Aufbau eines europaweiten Netzes zur Aufrechterhaltung der Erinnerung und Gewährleistung von Bildung und Forschung über die Shoah. Hierbei soll ein „neues Netz Junger Europa-Botschafter unterstützen, um das Gedenken an den Holocaust wachzuhalten“⁵.

Seit 2015 ist Katharina von Schnurbein die **Koordinatorin der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens**. Seit

2019 treffen sich in einer Antisemitismus-Arbeitsgruppe der Kommission aus jedem Staat ein Vertreter der jüdischen Gemeinde mit zweien der Regierungsseite, um einen möglichst realitätsnahen Ansatz für Themen wie Bildung oder Sicherheit entwickeln zu können. Die Antisemitismusbeauftragte setzt sich für eine Benennung und Bekämpfung aller Formen des Antisemitismus ein, bezieht deutlich Stellung gegen Israelboykottaufrufe und fördert eine konsequente Anwendung der IHRA-Definition für Antisemitismus⁶.

An dieser – bei weitem nicht umfassenden – Liste zeigt sich, dass die Themen jüdisches Leben und Antisemitismus durchaus auf der Agenda der EU stehen und unterschiedliche Gremien und Personen großes Engagement in diesen Bereichen aufbringen.

Wahrnehmung und Wirklichkeit: Hat die EU ein PR-Problem?

Die EU sollte „[j]üdische Projekte finanzieren und fördern. Möglicherweise einen europäischen Antisemitismusbeauftragten bzw. Beauftragten für jüdisches Leben einsetzen.“

Wenn junge Jüdinnen:Juden nicht von der Existenz der EU-Antisemitismusbeauftragten wissen, obwohl sie deren Amt explizit für eine sinnvolle Einrichtung halten, besteht irgendwo ein Vermittlungsproblem. Natürlich kann man den jungen Menschen mangelnde Aufmerksamkeit vorwerfen, macht es sich damit aber zu leicht. Es ist schließlich im allgemeinem Interesse, Jugendliche zu politisch mündigen und möglichst umfassend informierten Bürger:innen werden zu lassen. Die Erfahrung, Einfluss auf politische Entscheidungen und Prozesse nehmen zu können, ist der Kern der Demokratie und wirkt auch der Anfälligkeit für populistische, verschwörungstheoretische und andere demokratiefeindliche Welterklärungen entgegen. Eine repräsentative Umfrage unter 2.124 Jugendlichen, die 2021 im Auftrag der Vodafone-Stiftung von der infratest dimap durchgeführt wurde, ergab, dass „zwei Drittel der 14- bis 24-Jährigen (67 Prozent) [...] das Gefühl [haben], Politik nicht beeinflussen zu können, [und es] der Hälfte (50 Prozent) [schwerfällt], zu verstehen, wie Politik in Deutschland funktioniert“⁷. Ein unzureichender Überblick über politische Strukturen und Verwirrung in Bezug auf organisatorische und Entscheidungsprozesse kann solche Gefühle hervorrufen und weiter verstärken, was zu einem Teufelskreis aus Desinteresse und Frustration führen kann.

Die EU vermittelt Menschenrechte, Religions- und Versammlungsfreiheit und politische Mitbestimmung durch Zivilgesellschaften und Parteien.

Es gilt also, Möglichkeiten zu finden, wie Wissen über die EU und ihre Institutionen junge Jüdinnen und Juden erreichen kann. Grundsätzlich natürlich ähnlich wie alle jungen Menschen: Grundlagen und Basiskenntnisse müssen Schulen und verpflichtende Lehrpläne schaffen. Darüber hinaus könnten EU-Bildungsprogramme und Infoveranstaltungen

weitergehendes Interesse junger Menschen befriedigen und tiefergehende Einblicke in das komplexe Konstrukt EU ermöglichen. Mit der EU-Jugendstrategie haben die EU und ihre Mitgliedsstaaten für die Jahre 2019 bis 2027 einen Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa geschaffen⁸. Er bietet verschiedene Möglichkeiten, um Politik für junge Menschen auf europäischer Ebene und in den einzelnen Mitgliedstaaten weiterzuentwickeln. Dabei stehen die drei Schwerpunktthemen Beteiligung, Begegnung und Befähigung im Mittelpunkt. Diese könnten verstärktes Engagement für diesen wichtigen Austausch erleichtern.

Zusätzlich wäre es möglicherweise lohnend, über die jüdischen Gemeinden und über jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen und Projekte diejenigen Arbeitsfelder auf EU-Ebene, die sich mit der Bekämpfung des Antisemitismus und der Stärkung jüdischen Lebens befassen, noch stärker in den Fokus zu nehmen. Selbstverständlich sollten diese Arbeitsfelder nicht nur Jüdinnen:Juden interessieren; diese sollten aber mindestens wissen, welche Maßnahmen und Institutionen sich direkt mit der Sicherung einer jüdischen Zukunft und der Bekämpfung des Antisemitismus befassen und welche ihre Möglichkeiten sind, sich zu engagieren – oder auch Kritik zu üben.

Die **European Union of Jewish Students** (EUJS), die sich zum Ziel gesetzt hat, die europäische Gemeinschaft und jüdische Communitys im Rahmen des studentischen Engagements zu stärken, leistet hier wertvolle Arbeit. Als Zusammenschluss von 36 europäischen Studierendenorganisationen vertritt sie die Interessen ihrer Mitglieder in internationalen Organisationen und Gremien, mischt sich in die öffentliche Debatte ein und bietet Fortbildungen und Seminare für Interessierte zu aktuellen Themen an: 2022 beispielsweise schon zum siebten Mal das „EU Activism Seminar“⁹.

Die EU hat ein Marketingproblem, das stimmt auf jeden Fall.

Kritisches Interesse und informierte Kritik sind unverzichtbare Elemente einer jeden demokratischen Institution. So merkte man an den Antworten einiger Befragten, dass sie politische Prozesse der EU genauso wie ihre Öffentlichkeitsarbeit verfolgen. Mehrfach forderten Teilnehmende eine Verbesserung des Verhältnisses der EU zu Israel. Konkret kritisiert wurden fehlende Maßstäbe und Sanktionsmechanismen, wenn Gelder an die UNRWA oder die PLO fließen, obwohl damit nachweislich antisemitische Schulbücher oder Gruppen, die gegen den jüdischen Staat kämpfen, unterstützt werden¹⁰.

Also wenn wir gerade über so Punkte wie die Unterteilung der Hisbollah in militärischen und politischen Arm reden, wenn es darum geht, dass Schächtung verboten werden soll beispielsweise, dann sind das natürlich Sachen, die meine Haltung gegenüber der EU – die in mir eine Kritik an der EU auslösen, aber sie stellen auf gar keinen Fall die Notwendigkeit der EU in Frage, sondern sind halt

als Kritikpunkte an politischen Entscheidungen zu sehen, so wie ich auch Kritik an Entscheidungen der Bundesregierung oder anderen politischen Institutionen habe.

Einige Befragten wünschen sich außerdem mehr Aktivität im Kampf gegen (israelbezogenen) Antisemitismus sowie deutlichere Stellungnahmen gegen antisemitische Tendenzen in den Mitgliedsstaaten und Antisemitismus weltweit. In der Gruppendiskussion wurde gefordert, die EU müsse eine klarere Position gegen autokratische Regime und Entwicklungen innerhalb der EU wie auch bei möglichen Beitrittskandidaten finden. Weiterer Kritikpunkt war die als gering empfundene Sichtbarkeit und wahrgenommene „Machtlosigkeit“ der EU-Antisemitismusbeauftragten. Auch in der Gruppendiskussion war die geringe Präsenz der EU und ihrer politischen Aktivität ein Thema. Teilnehmende benannten den großen bürokratischen Apparat, der ihrer Meinung nach Reformen brauche, sowie schleppende politische Entscheidungen, die ebenfalls nicht zur Attraktivität der Institution beitragen.

„Die Antisemitismusbeauftragte der EU spielt eine große Rolle, die aber leider nur repräsentativ und ohne große „Macht“ ist – so fühlt es sich zumindest an. Die EU kann im Bereich Antisemitismus viel mehr tun und es auch eher öffentlicher machen.“

Die Teilnehmenden der Gruppendiskussion konnten im Gespräch die Problematik gut nachzeichnen: einerseits gebe es theoretisches Wissen über die große Bedeutung der EU für den Alltag und viele Bereiche des Lebens, beispielsweise in Form von gesetzlichen Vorgaben oder Prüfmechanismen. Andererseits sei diese Allgegenwärtigkeit aber nicht spürbar oder gar Grund für eine Art europäischer Identität.

„Und auch so mit dem Reisen und sowas, da merke ich auf einmal so ein bisschen EU, aber ich habe das Gefühl, ansonsten spielt das einfach im Alltag von Menschen, von vielen, vielen Menschen, gerade jungen Menschen, sehr wenig Rolle und es wird irgendwie so versucht, so eine europäische Identität oder so herzustellen, was aber voll der Joke ist, weil das – gefühlt – gerade junge Leute glaube ich selten haben und es wenig Bezug zu so einem großen Ding wie der EU gibt.“

Findest du, es spielt im Alltag keine Rolle? Also fast alle Gesetzesentwürfe gehen ja auch über die EU, also es betrifft ja schon extrem

„Aber wer kriegt das denn mit?“

Demokratische Werte und Menschenrechte können eine jüdische Zukunft sichern

Auch wenn sich bei den Teilnehmenden vielleicht keine starke Selbstwahrnehmung als Europäer:innen konstatieren lässt, ist das Vertrauen auf die Rolle der EU für die Sicherung einer jüdischen Zukunft mit knapp 70 Prozent doch beachtlich. Neben den oben genannten konkreten Akteuren spielen für die Befragten hier vor allem ideelle und politische Grundsätze eine Rolle. Dazu zählt die Einbindung in ein demokratisches und rechtsstaatliches Gefüge, die neben der Sicherung und weiteren Förderung von Menschenrechten nach Einschätzung der Teilnehmenden auch eine friedensichernde Wirkung hat. Letztere wurde in der Gruppendiskussion anhand von historischen und aktuellen Beispielen kritisch abgetastet, der Grundsatz des europäischen Friedensprojektes findet aber weitverbreitete Zustimmung. Eine jüdische Perspektive, die sich hier klar zeigt, ist die Angst vor Konflikten als Katalysatoren für Antisemitismus. Das konstatieren Teilnehmende sowohl für politische Konflikte, als auch für sozioökonomische und andere gesellschaftliche Krisen. Die Sicherung und Stabilisierung erfüllt also mit der Bewältigung oder Einhegung von Krisen und Konflikten auch eine Schutzfunktion vor antisemitischen Ausbrüchen.

„Die Existenz der EU sichert Frieden. Im Falle von Konflikten trifft es Juden meistens zuerst.“

Auch die Idee von der EU als Wertegemeinschaft nannten die Befragten, wobei Menschenrechte wie Meinungs-, Religions- und Versammlungsfreiheit sowie Minderheitenschutz als besonders wichtige Aspekte galten. Darüber hinaus gilt den Befragten der europaweite Austausch zwischen jüdischen Gemeinden in den Mitgliedsstaaten als eine wichtige Möglichkeit zur Sicherung und Gewährleistung einer jüdischen Zukunft. Ähnliches gilt für die europäischen Anstrengungen zur Bekämpfung des Antisemitismus, beispielsweise etwa der intereuropäischen Implementierung der IHRA-Antisemitismusdefinition, die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure und die Sicherung rechtstaatlicher Standards in allen Mitgliedsstaaten.

„[Der] Kampf gegen Antisemitismus [] ist Voraussetzung für jüdisches Leben. Dieser Kampf muss auf europäischer Ebene geführt werden. Auch in strukturschwächeren Ländern als Deutschland muss die EU zivilgesellschaftliche Akteure, die sich gegen Antisemitismus einsetzen, stärken.“

- 1 Webauftritt des European Year of Youth, <https://youth.europa.eu/d8/sites/default/files/inline-files/Co-creation%20survey%20report.pdf>.
- 2 <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus>
- 3 WGAS welcomes first ever strategy on combating antisemitism and fostering Jewish life. Pressemitteilung der WGAS vom 05.10.2021, <https://ep-wgas.eu/2021/10/05/wgas-welcomes-first-ever-strategy-on-combating-antisemitism-and-fostering-jewish-life/>.
- 4 „Kampf gegen Antisemitismus“. Webauftritt der Leiterin der überparteiliche Arbeitsgruppe von EU-Parlamentariern zum Antisemitismus Nicola Beer: <https://nicola-beer.de/kampf-gegen-antisemitismus/>.
- 5 “Major EU survey on antisemitism and Jewish life launched”, Mitteilung der FRA, <https://fra.europa.eu/en/news/2023/major-eu-survey-antisemitism-and-jewish-life-launched>.
- 6 „Kommission legt erstmals eine EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens vor“. Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 05.10.2021, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4990.
- 7 „Es darf in der EU keine Boykottaufrufe gegen Israel geben“, Bericht über das Briefing mit der EU-Antisemitismusbeauftragten Katharina v. Schnurbein, 09.06.2020, <https://elnet-deutschland.de/themen/politik/es-darf-in-der-eu-keine-boykottaufrufe-gegen-israel-geben/>.
- 8 Vodafone Stiftung Deutschland GmbH (Hg.) (2021): HÖRT UNS ZU! Wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen. Eine Befragung im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland, S.2.
- 9 In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend. Die Jugendstrategie der Bundesregierung, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/146330/a6f7b2c5fbd995374eb7e7c22b8a4777/in-gemeinsamer-verantwortung-politik-fuer-mit-und-von-jugend-die-jugendstrategie-der-bundesregierung-data.pdf>, S.18.
- 10 Jahresbericht der EUJS 2022, <https://eujs.org/resources/eujs/eujs-activity-report-2021-2022/>, S.20.
- 11 Bericht zur Studie in der Jüdischen Allgemeinen vom 22.06.2021, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/die-eu-studie-liegt-vor/>.

Zusammenfassung der Findings und Forderungen

Der vorliegende und nun hinter Ihnen liegende Reader stellt keine erschöpfende Befassung mit den Belangen junger Jüdinnen und Juden in Deutschland dar. Vielmehr soll er als ein Einblick dienen, um die vielfältigen Themen zu identifizieren, die junge jüdische Menschen zurzeit bewegen. Jüdinnen und Juden sind dabei in vielen Belangen ihren Altersgenossen sehr ähnlich; für viele spielt der Klimawandel eine große Rolle oder die Gleichberechtigung der Geschlechter. Doch gibt es eben auch einige spezifische Punkte, die junge jüdische Menschen in diesem Land bewegen. So stellt der Antisemitismus eine Konstante in den Antworten der Umfrage dar, ungeachtet der Themen, denn er ist aktuell wieder allgegenwärtig in Deutschland.

Gegen diesen vorzugehen, muss weiterhin eine Priorität von Politik und Zivilgesellschaft in Deutschland sein. Dazu bedarf es konkreter Maßnahmen, die aufklären und Präventionsarbeit leisten. Diese müssen nachhaltig und dauerhaft gefördert werden und dürfen sich in ihrem Blick nicht verengen. Der eliminatorische Antisemitismus der extremen Rechten ist ebenso zu bekämpfen, wie der alltägliche Schuldabwehrantisemitismus an den Küchen- und Kantinentischen und der antiisraelische in Kunstaustellungen. Genauso konsequent muss auch der Antisemitismus islamistischer Provenienz erkannt und benannt werden. 82 Prozent der Teilnehmenden fühlen sich vor allem durch Antisemitismus betroffen, doch gaben auch 48 Prozent an, von sexistischer Diskriminierung betroffen zu sein. Jeweils ungefähr ein Viertel der Befragten gaben an, unter antislawischen bzw. wirtschaftlich begründeten Ausschlussmechanismen zu leiden. Das zeigt deutlich, dass junge Jüdinnen und Juden durchaus unterschiedlichen Ausgrenzungsformen ausgesetzt sind, die sich keineswegs ausschließen, sondern vielmehr gleichzeitig und verschränkt wirken. Diesem Umstand der Mehrfachdiskriminierung muss Rechnung getragen werden und vor allem auch eine Sensibilisierung für antislawischen Rassismus vorangetrieben werden, dem viele jüdische Menschen mit postsowjetischem Migrationshintergrund in Deutschland ausgesetzt sind.

Doch fehlt es laut Befragten oft nicht nur an Wissen über Antisemitismus, sondern auch zu jüdischem Leben allgemein. Bräuche und Feiertage sind nicht bekannt und so passiert es regelmäßig, dass Prüfungen auf den Schabbat oder einen jüdischen Feiertag fallen, ohne die Möglichkeit, diese zu einem anderen Zeitpunkt zu schreiben. Hier mangelt es an der Umsetzung des Rechts auf freie Religionsausübung, wenn junge Jüdinnen und Juden gezwungen sind, sich zwischen ihrer Religion und ihrer Ausbildung zu entscheiden.

Die Unkenntnis jüdischen Lebens hat für viele in Bezug auf den Anschlag auf die Synagoge in Halle 2019 eine große Rolle gespielt. Die Polizei war nicht zum Schutz vor Ort, nicht ein-

mal in der Nähe, da sie offenbar schlicht nichts von Jom Kippur wusste. Hieran zeigt sich exemplarisch das ambivalente Verhältnis, das viele Teilnehmende zu den Sicherheitsbehörden haben. Zwar schätzen sie den Schutz, der geboten wird, fragen sich oft aber auch, ob dieser zuverlässig genug ist.

Nicht nur Schutz vor Gewalt muss jungen Jüdinnen und Juden aber gewährt werden, sondern auch die Möglichkeit, nach ihren eigenen Bedürfnissen und Interessen an der Gesellschaft teilzuhaben.

Die Förderung politisch engagierter junger Juden und Jüdinnen ist nicht nur in jüdischen Organisationen und Institutionen möglich, sondern sollte auch allgemeines politisches Anliegen sein: in Parteien und Parteijugenden, in gewerkschaftlichen und weiteren Organisationen. Jüdinnen und Juden wollen nicht nur als solche wahrgenommen und gefördert werden, sondern als engagierte Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen und Funktionen.

Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten hängen immer auch von sozialen und finanziellen Ressourcen ab, nicht zuletzt jenen der Familie. Gemeindestrukturen, Projekte und Vereine können hier für mehr Teilhabe sorgen, sofern sie selbst über diese Ressourcen verfügen. Gerade in strukturschwachen Regionen, vielen Kleinstädten und Landgemeinden potenziert sich die Problematik fehlender Mittel oftmals bei marginalisierten Zielgruppen. Jüdische Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind besonders betroffen. Hier und besonders auch im Fall von Mehrfachdiskriminierungen bspw. aufgrund von Geschlecht oder sexueller Orientierung sind entsprechende Anlaufstellen und Jugendangebote wichtig.

Das Stadt-Land-Gefälle bzw. ein Mangel an Gemeinde- oder anderen Organisationsstrukturen ist hier sehr bedeutsam: jüdische Jugendliche im ländlichen Bereich sowie jene mit speziellen politischen Interessen oder Bedürfnissen haben hier häufig keine oder nicht ausreichend Ressourcen zur Verfügung. Dies bedeutet auch einen möglichen Verlust jüdischen Lebens an diesen Orten in der Zukunft.

Jüdinnen und Juden werden zu oft noch nur als Vehikel für politische Zwecke verwendet, als dass sie mit ihrer eigenen politischen Agency ernstgenommen zu werden. Oft werden gerade auch junge Jüdinnen und Juden nur zu ihren Erfahrungen mit Antisemitismus befragt oder kurzfristig zu Gedenktagen wie dem 9. November oder 27. Januar von Medien interviewt. Doch unsere Umfrage hat gezeigt: junge jüdische Menschen haben zu vielen Themen eine Meinung, sie wollen sich einbringen und sie wollen ernstgenommen werden; als Juden ja, aber nicht auf diese Rolle reduziert und nicht als Dekoration, um leere Formeln an Gedenktagen zu schmücken.

Die Teilnehmenden hoffen, dass die Einbindung in den EU-Kontext, die Verpflichtung zum Schutz der Menschenrechte sowie Friedenssicherung und Krisenmanagement auf europä-

ischer Ebene auch jüdisches Leben schützen. Die jüdische Erfahrung zeigt, dass Konflikte und Krisen als Katalysatoren für Antisemitismus wirken. Die Vermittlung von Wissen über Mechanismen und Institutionen der EU in Lehrplänen und die Förderung von Programmen, in denen junge Menschen die EU kennenlernen können, bietet ein großes Potenzial für eine informierte und engagierte Generation von (jüdischen) Europäer:innen. Leitsatz muss sein, dass eine demokratische Institution wie die EU von gut informierten Bürger:innen lebt, die aktiv mitgestalten können und wollen. Durch eine ansprechendere Kommunikation über EU-Programme und -Institutionen, die sich dem jüdischen Leben und dem Kampf gegen Antisemitismus widmen, könnten hier möglicherweise mehr junge (jüdische) Menschen erreicht werden. Entsprechende Projekte sollten jedenfalls weiterhin gefördert werden. Programme zum intereuropäischen Austausch zwischen jüdischen Gemeinden und Organisationen werden – sofern bekannt – sehr positiv gesehen und stellen einen wichtigen Baustein für die Sicherung einer jüdischen Zukunft in Deutschland und Europa dar.

Um der Vielfalt an Eigenschaften, Interessen und Bedürfnissen junger jüdischer Menschen entsprechen zu können, ist diese Erkenntnis zentral: Jüdischsein heißt viel mehr als die reine Zugehörigkeit zur jüdischen Religion. Kultur, Geschichte, Familie sowie ein häufig beschriebenes Gefühl gemeinschaftlicher Verbundenheit – auch vor dem Hintergrund von Ausgrenzung und Trauma – spielt für die Selbstwahrnehmung junger Jüdinnen:Juden eine zentrale Rolle. Die Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Ausschlüssen, mit Diskriminierung und Antisemitismus kann als ein Element der jüdischen Perspektive bezeichnet werden.

Viele Befragte beschreiben ihr Jüdischsein auch als Auftrag, sich mit gesellschaftlichen und politischen Themen und Problemen auseinanderzusetzen. Hierbei spielen sowohl die jüdische Geschichte von Verfolgung und Vernichtung als auch eine auf jüdischen Werten aufbauende Selbst- und Weltsicht eine Rolle. Bei fast allen Themenblöcken konstatiert die Mehrheit der Befragten eine spezifisch jüdische Perspektive. Wie diese definiert wird, variiert je nach individuellen Erfahrungen und Einstellungen, sie spielt aber für die Teilnehmenden mehrheitlich eine bedeutende Rolle. Diese Quelle für Identifikation und Zugehörigkeit, aber eben auch für Diskriminierungs- und Bedrohungserfahrungen, muss politisch und gesellschaftlich ernst genommen werden. Das große Interesse, das die Teilnehmenden an der Auseinandersetzung mit aktuellen Themen und unserem gesellschaftlichen Zusammenleben zeigen, ist ein wertvolles Gut für die Demokratie. Das ist es im Falle aller jungen Menschen – die jüdische Perspektive zeigt uns hier aber, dass die Teilhabe am demokratischen Leben und Gestalten nicht für alle gleich einfach ist. Wir sehen es als unseren Auftrag, dies zu ändern.

Deutschland hat viel erreicht, doch es gibt viel zu tun, um unsere freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie zu erhalten und somit eine junge jüdische Zukunft in Deutschland zu sichern.

Impressum

Herausgeberin

Wertelinitiative e.V.
Postfach 64 02 40
10048 Berlin

V.i.S.d.P.

Elio Adler, Wertelinitiative e.V.

Konzept und Redaktion

Wertelinitiative e.V., Benjamin Söchtig, Ronja Schonscheck

Layout

Robin Wurzel, siebzehn3 Design, Berlin

Druck

Lothar Schwarzer GbR Druck & Werbung Berlin

Bildnachweise

Foto Vorstand der Wertelinitiative: Alexander Klebe, © Wertelinitiative e.V.

Foto Vorstand der JSUD: Rina Gechtina

Foto Katharina von Schnurbein: Ouriel Morgensztern

Die Herausgeberin hat das einfache Nutzungsrecht.

Urheberrechtliche Hinweise

Wertelinitiative e.V., alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeberin behält sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung gestattet.

Haftungsausschluss

Die Informationen in dieser Broschüre wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt die Herausgeberin keine Gewähr. Die Publikation enthält Links zu Websites Dritter, auf deren Inhalt sie keinen Einfluss hat, weshalb für diese Inhalte keine Gewähr übernommen werden kann. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten sind allein die jeweiligen Anbieter oder Betreiber verantwortlich. Sofern in den Artikeln von externen Autor:innen Wertungen vorgenommen oder Behauptungen aufgestellt werden, sind es diejenigen der Autor:innen und spiegeln nicht notwendigerweise die Haltung der Herausgeberin wider.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



ISBN 978-3-00-075431-9

Die WerteInitiative ist eine zivilgesellschaftliche jüdische Stimme in Deutschland. Als gemeinnütziger Verein arbeitet sie überparteilich und setzt sich für die Sicherung einer jüdischen Zukunft in Deutschland und Europa ein. Das Mittel dafür ist die Stärkung freiheitlich-demokratischer Werte in der Gesellschaft. Die WerteInitiative fördert den wertebasierten politischen, gesellschaftlichen und medialen Diskurs, das bürgerschaftlich-jüdische Engagement in Deutschland und das deutsch-israelische Verhältnis.

WerteInitiative e.V.
jüdisch-deutsche Positionen

Postfach 64 02 40
10048 Berlin

kontakt@werteinitiative.de
www.werteinitiative.de



ISBN 978-3-00-075431-9



WerteInitiative.
jüdisch-deutsche Positionen

In Kooperation mit:



Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages